



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2024/2

Datum/Zeit	Donnerstag, 27. Juni 2024, 18:00 - 20:40 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Selmani Emsale (SP)	1
Mitglieder	Balmer Kathrin (SP)	
	Buri Peter (SP)	
	Dähler Stefanie (SP)	
	Dressler Yasmin (SP)	
	Falk Marcel (SP)	
	Kistler Kerstin (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Renner Jörg (SP)	
	Schneider Maja (SP)	
	Schnider-Müller Simone (SP)	10
	Brunner Franziska (SVP)	
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Hausammann Hans-Rudolf (SVP)	
	Herren Marisa (SVP)	
	Truog Markus (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	6
	Bähler Pia (glp)	
	Medilanski Edi (glp)	
	Minka II Sandro (glp)	
	Tamàs Oliver (glp)	
	Wahli Alexander (glp)	
	Züllig von Allmen Dorothea (glp)	6
	Feller Daniela (FDP)	
	Lanz Lukas (FDP)	
	Leiser Christoph (FDP)	
	Rüfli Roland (FDP)	4
	Baumgartner Gerhard (EVP)	
	Gimmel Benjamin (EVP)	
	Zürcher Myriam (EVP)	3
	Löhrer Sandra (Die Mitte)	
	Mitter Michael (Die Mitte)	2
	Ernst Kathrin (Grüne)	
	Tanner Adrian (Grüne)	2
	Ananiadis Jorgo (Piraten)	1
	Total anwesend	35

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP), Weber Hadorn Maya (SP) und Wipfli Hans (SVP)
Gemeindeschreiberin	Steudler Barbara
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Gränicher Adrian (parteilos/SVP), Jordi Yves (Die Mitte), Steiner Ulrich (SVP), Thomann Thulani (parteilos/SP) und Zaugg Gerhard (SVP)

TRAKTANDEN

266. Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 29. Februar 2024; Genehmigung.....	46
267. Verwaltungsbericht 2023; Genehmigung.....	47
268. Jahresrechnung 2023; Genehmigung	51
269. Schulanlage Rothus; Gesamtanierung und Erweiterungsneubau; Genehmi- gung Ausführungskredit	56
270. Reglement über die Gemeindeabgabe auf Strom; Genehmigung	60
271. Bernstrasse; Verlegung der Buslinie Nr. 10; Ausbauetappe 1; Kreditabrechnung	64
272. Wasserbauplan Worble im Abschnitt Bernapark bis Fussgängerbrücke Rörswil; Auftrennung Plangenehmigungsverfahren Schwandiareal; Genehmigung Nachkredit	65
273. Anschluss Zivilschutzorganisation Bantiger an die Zivilschutzorganisation Bern plus; Genehmigung Vertrag.....	66

274. Überparteiliche Motion für umfassend nachhaltige Beschaffungen; Erheblich- erklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	67
275. Einfache Anfrage GLP-Fraktion betreffend „Status Temporegime & Velowege in Ostermundigen“; schriftliche Beantwortung	69
276. Orientierung des Gemeinderates	70
a) Wasserverbund Region Bern AG (WVRB): Änderungen des Partnerschaftsver- trags.....	70
277. Motion Colette Nova (SP) und Mitunterzeichnende für eine Modernisierung der Gemeindegremien; parlamentarischer Neueingang	72
278. Motion Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend partizi- patives Budget; parlamentarischer Neueingang.....	73
279. Interpellation GLP-Fraktion für eine Netto-Null Klimastrategie für Ostermun- digen; parlamentarischer Neueingang	74
280. Interpellation Marcel Falk (SP) und Mitunterzeichnende betreffend echte Begegnungszonen in Strassen mit Tempo 20; parlamentarischer Neueingang.....	79
281. Dringliche Interpellation Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend «Fussballcampus»; parlamentarischer Neueingang; mündliche Beantwortung.....	80
282. Interpellation Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend Label «Energistadt Gold» ; parlamentarischer Neueingang.....	84
283. Überparteiliche Motion betreffend mindestens acht Wochen garantierter Ferienbetreuung während den Schulferien; parlamentarischer Neueingang	85

284. Überparteiliche Motion betreffend Inklusionscheck für Gemeinden - wie
barrierefrei, inklusiv, digitalisiert und UNO-BRK-konform ist die Gemeinde
Ostermundigen?; parlamentarischer Neueingang 86
285. Überparteiliche Motion betreffend Förderung der Biodiversität bei Privaten
durch Beratung; parlamentarischer Neueingang 88
286. Überparteiliches Postulat betreffend Fahrplan Buslinie 44; parlamentarischer
Neueingang 89
287. Einfache Anfrage Kathrin Balmer (SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion) und
Mitunterzeichnende betreffend Begegnungszone Eschenweg 12; parlamen-
tarischer Neueingang 90
- b) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates 92

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Jahres 2024. Auch heute Abend wird am Anfang eine Gastrednerin - Esther Gingold (Geschäftsführerin Spitex Ostermundigen) - uns über die Aufgaben und Herausforderungen der Spitex Ostermundigen informieren. Esther ist seit dem Jahre 2014 die Geschäftsführerin der Spitex Ostermundigen. Sie leistet seit 30 Jahren freiwillige und ehrenamtliche Arbeiten in Vereinen des Sozialbereiches.

Esther Gingold (Geschäftsführerin Spitex Ostermundigen): Sehr geehrte Präsidentin des Grossen Gemeinderats, liebe Emsale, sehr geehrter Gemeindepräsident, lieber Thomas, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von Ostermundigen,

Vielen Dank dafür, dass ich die Möglichkeit erhalte, vor Ihrer Sitzung ein paar Worte zur Spitex zu sagen. Ich werde den Begriff NPO-Spitex verwenden - damit werden die Spitex-Organisationen mit einem Leistungsvertrag und Versorgungspflicht bezeichnet. Und weil es um die Spitex geht, beginne ich mit einer Frage zur BLS:

- Ist die BLS systemrelevant?

Ja, würden wohl viele von Ihnen sagen. Denn wenn die BLS nicht mehr oder nur noch eingeschränkt fährt, haben wir von heute auf Morgen ein grosses Problem in der Grundversorgung mit öffentlicher Mobilität.

- Und die Spitex, ist sie systemrelevant?

Dazu hören wir häufig: Doch, doch, ihr macht einen Job, der immer wichtiger wird angesichts der zunehmenden Zahl an alten Menschen. Ich bewundere euch, ich könnte das nicht. Dass wir systemrelevant sind, hören wir von denjenigen, die uns entweder beruflich nahestehen oder unsere Dienstleistungen aus eigener Erfahrung kennen. Das Wissen um die Grösse und Bedeutung der Spitex ist aber immer noch erschreckend mager.

- Ich beginne deshalb mit einer Zahl:

Die NPO-Spitex hat ungefähr 5'000 Beschäftigte im Kanton Bern, die BLS übrigens ungefähr 3'900. Die Schienen, auf denen wir uns bewegen, gehen auch von den Zentren bis in die hintersten Ecken des Kantons, sie sind aber im Gegensatz zur BLS wenig sichtbar: Unsere „Schienen“ sind die Beziehungen zu den Kundinnen und Kunden, den Haus- und Spezialärztinnen und -ärzten, zu den Kliniken und Spitälern und zu anderen Organisationen der ambulanten Pflege. In diesem unsichtbaren Netz der medizinischen und pflegerischen Grundversorgung spielen wir eine eher leise, aber sehr bedeutende Rolle. Die NPO-Spitex ist jährlich rund 10.1 Mio. Kilometer für die Versorgung im Kanton Bern unterwegs, leistet 3.7 Mio. Pflegeeinsätze und deckt damit knapp 70 % aller Spitex-Leistungen im Kanton Bern ab. Wir sind wegen dem bekannten Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten oft die einzige aufsuchende Leistungserbringerin. Wir erleben die pflegebedürftigen Menschen in ihrem gewohnten Umfeld, bauen mit ihnen eine Beziehung auf und erleben in aller Regel ein grosses Vertrauen, das letztlich mehr erlaubt als eine rein fachtechnisch einwandfreie Pflege.

- Und nun zur Spitex Ostermundigen:

1. Frau M. wird uns 5 Tage nach einer Nierentransplantation angemeldet und nach Hause entlassen. Wir schaffen es mit vereinter Fachkraft und Menschlichkeit, Frau M. zuhause zu

halten, ihre fragile gesundheitliche Situation körperlich und psychisch zu stabilisieren und ihre Nachversorgung in geregelte Bahnen zu lenken.

2. Herr K. hat Krebs und nach mehreren Therapien ist klar, dass keine Heilung mehr möglich ist. Er möchte zuhause sterben und wir betreuen ihn während mehreren Wochen zusammen mit dem Mobilien Palliativdienst der Spitex Bern. Wir freuen uns, dass Herr K. mit wenig Schmerzen und Angst seinem Tod entgegenggeht und dass es uns gelingt, seine beiden Töchter noch einmal ans Krankenbett zu bringen und Herrn K. damit eine Versöhnung zu ermöglichen.
3. Frau L. ist knapp 18-jährig und aus der Jugendpsychiatrie entlassen worden, obwohl sie keine Anschlusslösung hat und Suizidgedanken hat. Unsere Fachfrauen der Psychiatriepflege setzen ein engmaschiges Setting auf, um Frau L. zu stabilisieren und die Zeit zu überbrücken, bis irgendwo ein Platz in einer psychiatrischen Klinik frei wird.

Diese Kundensituationen sind keine Einzelfälle. „Blutige“ Entlassungen in körperlicher und psychischer Hinsicht sind normal geworden, und immer mehr Menschen wollen zuhause sterben. Wir spüren mit aller Wucht die prekäre Personalsituation in den Spitälern. Als NPO-Spitex haben wir einen Leistungsvertrag mit Versorgungspflicht und garantieren hier in Ostermundigen die Versorgung aller Anmeldungen mit einem ärztlichen Bedarf. Wir unterschreiben auch den Leistungsvertrag mit Versorgungspflicht für die fallbasierten hauswirtschaftlichen und sozialbetreuerischen Leistungen. D. h. für Situationen von Menschen mit demenziellen Entwicklungen, psychischen Problemen oder anderen kognitiven Einschränkungen, die dazu führen, dass ihre Wohn- und Ernährungssituation ohne Unterstützung entgleitet.

In den 10 Jahren, in denen ich die Spitex Ostermundigen leite, haben wir ein Wachstum von 66 % der Pflegestunden. Heute leisten wir jährlich rund 68'000 Pflegeeinsätze. Die erwähnte Zunahme der komplexen Situationen verlangt eine extrem hohe Fachlichkeit. Gestern waren die Kundinnen und Kunden im Spital oder der Klinik in den Händen von Spezialärzten und spezialisiertem Pflegepersonal. Heute sind sie zuhause und werden von unseren Spitex-Generalistinnen nahtlos weitergepflegt.

Wir verzeichnen auch ein Wachstum in der Hauswirtschaft und Sozialbetreuung von 42 %. Davon sind mittlerweile 60 % der Stunden im Leistungsvertrag. D. h. wir sind hier Ihr Garant, dass Menschen in prekären Wohnverhältnissen und mit einer Gefahr der Verwahrlosung durch uns betreut werden.

Im Bereich Mahlzeitendienst haben wir einen Zuwachs um über 80 %. An dieser Stelle möchte ich Ihnen ganz herzlich dafür danken, dass die Gemeinde Ostermundigen seit mehreren Jahren den einkommensschwächsten Kundinnen und Kunden einen Zustupf an deren Mahlzeiten bezahlt. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag an die Gesundheitsprävention.

- Um zum Anfang zurückzukehren:

Die NPO-Spitex IST systemrelevant. Wenn sie die Nachfrage nicht aufnimmt, brechen Teile des Gesundheitswesens innert kürzester Zeit zusammen. Seien Sie sich bitte bewusst, dass wir keine Mengenlimitationen haben in Form von einer maximalen Anzahl Betten oder Pflegestunden - unser Mengengerüst ist gegen oben offen! Damit wir trotz Fachkräftemangel, den auch wir spüren, diese Aufgabe bewältigen können, vernetzen wir uns seit Jahren systematisch innerhalb der Gemeinde und mit anderen Spitex-Organisationen. Zu letzteren gehört

auch die Spitex Bern. Dass wir uns dieser grossen Schwesterorganisation in den letzten Jahren angenähert haben, hat nichts mit der - gescheiterten - Fusion Bern-Ostermundigen zu tun. Sondern mit dem Umstand, dass sich in grösseren Gebilden Ressourcen, d. h. bei uns vorab Fachkräfte, leichter gemeinsam nutzen lassen. Und damit, dass die Restkostenabgeltung jährlich sinken und das noch bis zum Ende der nächsten Vertragsperiode. In unserer Spitex, die aufgrund der Bevölkerungsdichte in den letzten Umverteilungsrunden zugunsten der peripheren Kantonsgegenden immer verloren hat, ist der finanzielle Spielraum nun ausgereizt.

Als Geschäftsführerin der Spitex Ostermundigen spüre ich die Problematik unserer Betriebsgrösse in den letzten Jahren deutlich. Wir haben keine Möglichkeit, geografisch auszuweichen und wir haben keine weiteren Stützpunkte, über die wir leisten könnten. Deshalb haben wir mit der Spitex Bern Synergiemöglichkeiten ermittelt, die wir seit zwei Jahren systematisch evaluieren. So beziehen wir z. B. die Erstellung der Finanzabschlüsse bereits seit eineinhalb Jahren bei der Spitex Bern. Aktuell prüfen wir die Möglichkeit, dass die Stellevertretung unsere Wundexpertin über das Wundexpertinnen-Team der Spitex Bern gelöst werden kann. Und wir haben uns als Ersatz unserer Telefonzentrale das System der Spitex Bern offerieren lassen und wollen in der zweiten Jahreshälfte entscheiden. Dies nur einige Beispiele.

Dass die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) uns nun in der neu vorgeschlagenen Parametrisierung in einen Gürtel rund um Bern packt, ist unverständlich. Sie stoppt damit einen Prozess, der in kleinen, realisierbaren Schritten dem Fachkräftemangel begegnet und Synergien erlaubt. Die von der GSI vorgeschlagene Gürtelvariante ist ein künstliches Gebilde ohne erkennbaren Nutzen, das existierende Kooperationen schlicht negiert und einen unproduktiven, neu zu schaffenden Überbau zwecks Koordination der sechs Organisationen erfordert. Wenn Sie sich auf Kantonebene politisch einbringen können, dann unterstützen Sie bitte eine Variante, in welcher Ostermundigen in den Perimeter von Bern gehört. Unterstützen Sie bitte auch die Motion „Nachhaltiger, Synergien nutzender und zielgerichteter Umbau der Versorgung durch die Spitex im Kanton Bern“. Diese Motion will den zeitlichen Raum schaffen, damit der Umbau der Spitexlandschaft zusammen mit den Verbänden der NPO- und privaten Spitexorganisationen geordnet angegangen werden kann. Wenn man den Weg einer Neuorganisation einschlägt, muss er das Potential haben, echten Mehrwert zu schaffen und nicht nur eine Proformaübung zu sein, die auf dem Papier gut aussieht. Als Beispiel: Da die GSI erkannt hat, dass es zeitlich nicht möglich ist, echte Konsolidierungen bis zur Ausschreibung umzusetzen, wollen sie nun Bietergemeinschaften als Modell zulassen. Solche Modelle bieten keinen Mehrwert für die Bevölkerung, die Qualität und die Effizienz. Die von der GSI vorgeschlagenen Perimeter und die bisher kommunizierten Parameter der WTO-Ausschreibung vom Frühling 2025 lassen - wenn Sie den Motionstext lesen - sehr viele Fragen offen, deren Beantwortung essenziell ist.

Unsere Spitex beweist im hektischen und teilweise unberechenbar gewordenen ambulanten Pflegealltag, dass sie die Herausforderungen von morgen kennt und aufnimmt. Wir gehen aktiv an die Themen der Zukunft heran und machen unsere strategischen Hausaufgaben leise, aber gezielt und Schritt für Schritt. Wir haben es mit Neuanstellungen und mit Temporär Personal geschafft, unser Kernteam zu stabilisieren, damit uns der Schnauf nicht ausgeht. Und wir bleiben innovativ, wo es möglich ist. So haben wir in den letzten 6 Wochen ein Ambulatorium für Wundversorgung, Stomaversorgung, Inkontinenzberatung und Diabetesberatung auf die Beine gestellt und werden dies nächste Woche in der Bären-Apotheke eröffnen.

Dies, nachdem der letzten verbliebenen Wundexpertin im Ambulatorium des medizinischen Zentrums Viva gekündigt worden war und das Ambulatorium geschlossen wurde.

Einen Spitexstützpunkt wird es in Ostermundigen immer geben, anders ist die Versorgung unter Berücksichtigung von optimierten Wegen gar nicht möglich. Und unsere Gemeinde liegt uns am Herzen. Deshalb kann ich Ihnen sagen:

→ Wir sind heute und morgen ein Stück Ostermundigen und leben das im Alltag auch.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Besten Dank Esther für dein Votum sowie den steten unermüdlichen Einsatz der Spitex Ostermundigen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Entschuldigt haben sich Adrian Gränicher (SVP), Yves Jordi (Mitte), Steiner Ulrich (SVP), Thomann Thulani (parteilos) und Zaugg Gerhard (SVP).

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind **35 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

1. Per 1. April 2024 ist Roland Rüfli (FDP) Neumitglied des GGR. Er ersetzt Rolf Rickenbach. Ich heisse dich im Ostermundiger Parlament herzlich willkommen.
2. Per 1. Mai 2024 ist Yasmin Dressler (SP) Neumitglied des GGR. Sie ersetzt Matthias Kuert Killer. Ich heisse dich im Ostermundiger Parlament herzlich willkommen.
3. Per 1. Mai 2024 ist Kathrin Ernst (Grüne) Neumitglied des GGR. Sie ersetzt den vakanten Sitz von Niels Mahler. Ich heisse dich im Ostermundiger Parlament herzlich willkommen.
4. Auf den Tischen liegen auf:
 - Jahresbericht 2023 der Spitex Ostermundigen
 - zu Traktandum 267: Verwaltungsbericht 2023; Korrigendum
 - zu Traktandum 276: Wasserverbund Region Bern AG; Änderung Partnerschaftsvertrag; Information des GGR
5. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nehmen der Finanzverwalter, Thomas Lauener, zu Traktandum Nr. 268 sowie zu den Traktanden 269 und 270 der Abteilungsleiter Hochbau, Peter Müller, an der heutigen Sitzung teil.
6. Die nächste GGR-Sitzung findet am **5. September 2024** statt. Ich werde an dieser Sitzung nicht anwesend sein und Daniela Feller (1. Vizepräsidentin) wird die Sitzung leiten.
7. Nach der Sitzung: Es besteht die Möglichkeit für einen Umtrunk im Restaurant "Waldeck"

Traktandenliste

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Das Traktandum Nr. 276 "Orientierungen des Gemeinderates" beinhaltet heute Abend folgendes Thema:

a. Wasserverbund Region Bern AG; Änderung Partnerschaftsvertrag
Sprecherin: B. Fredrich

Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste Nr. 2 wird genehmigt.

Axioma #988
100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

266. Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 29. Februar 2024; Genehmigung

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 1 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen dazu vor?

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 29. Februar 2024 wird genehmigt.

Axioma #5765

10.1.31 Verwaltungsbericht der Gemeinde

267. Verwaltungsbericht 2023; Genehmigung

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über den Verwaltungsbericht zu führen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich entschuldige mich für das "Korrigendum" auf den Ratstischen. Es ist uns äusserst Unangenehm, die Korrektur auf der Seite 4 im Verwaltungsbericht vornehmen zu müssen.

- ① Es liegt noch eine Frage aus der Geschäftsprüfungskommission von Adrian Tanner (Grüne) vor:

Präsidiales - Seite 19: Warum gibt die BLS keine Zahlen mehr? Wurde schon etwas unternommen, um diese Zahlen wieder zu erhalten, ev. auch in der Regionalkonferenz?

Trotz Nachfrage bei der BLS muss diese Pendenz noch mitgenommen werden. Wir haben eine nicht befriedigende Antwort erhalten. Die gelieferten Zahlen dürfen nur intern verwendet werden. Sobald ich mehr weiss, werde ich eine Rückmeldung vornehmen. In der Regionalkonferenz Bern-Mittelland bzw. in anderen Gemeinden wurde das Thema nicht beraten.

Sandra Löhner (Die Mitte): Die Mitte-Fraktion wird dem Verwaltungsbericht 2023 zustimmen.

Alle Jahre wieder erhalten wir eine Zusammenfassung des vergangenen Jahres in Form eines Verwaltungsberichtes. Darin steckt viel Arbeit aus allen Bereichen der Verwaltung und ich möchte deshalb an dieser Stelle Allen danken, welche in irgendeiner Form an diesem Bericht mitgearbeitet haben.

In unserer Fraktion wurden zwei Punkte speziell diskutiert:

- Verwaltungsbericht Seite 12, Punkt 39: Velofreundliche Gestaltung der Unteren Zollgasse zwischen Unterdorfstrasse und Bolligenstrasse:

Die überparteiliche Motion wurde an der GGR-Sitzung vom 4. Mai 2023 begründet und erheblich erklärt. In der Botschaft wurde auch ein (voraussichtlicher) Zeitplan vorgestellt wo - ich zitiere: «mit dem obigen Terminplan kann aus heutiger Sicht sichergestellt werden, dass die Untere Zollgasse im Abschnitt 2 (Knoten Forelstrasse/Unterdorfstrasse bis Knoten Kreuzweg/Bolligenstrasse) vor Beginn der Hauptarbeiten im Projekt Tram Bern Ostermundigen fertiggestellt ist» - Zitat Ende.

Zurück zum Verwaltungsbericht, Seite 12, Punkt 39. Hier steht nun, dass die weiteren Schritte aus Kapazitätsgründen zurzeit nicht in Angriff genommen werden können. Eine Forderung der überparteilichen Motion lautete, dass die Arbeiten vor Beginn der Bauarbeiten durchzuführen sind. Wir bitten deshalb um eine Stellungnahme von Seiten des Gemeinderates.

- Verwaltungsbericht Seite 5, Schüler- und Klassenzahlen sowie Seite 47, 5. Kennzahlen Schulsozialarbeit:

Gemäss Angaben des Verwaltungsberichts wurden 2023 insgesamt 551 Dossiers durch die Schulsozialarbeit bearbeitet, dies bei einem Total von 1'849 Schüler- und Schülerinnen. Also rund 30 % der Schüler- und Schülerinnen benötigen Unterstützung in Form von Schulsozialarbeit. Uns interessiert, ob es sich dabei um reguläre Zahlen handelt oder um speziell hohe Zahlen und ob sich diese mit anderen Gemeinden vergleichen lassen? Eventuell lässt sich diese Frage heute Abend nicht klären. Die Antwort kann im Nachgang zur heutigen Sitzung noch nachgeliefert werden.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Myriam Zürcher (EVP): Ich möchte zu diesem jährlich wiederkehrenden Thema nicht lange werden, sondern einfach meinen Dank, unseren Dank den verschiedenen Abteilungen für die im 2023 geleistete Arbeit kundtun! Es war bestimmt nicht das einfachste Jahr.

Erfreulich ist, dass nun dem Thema "Veloinfrastruktur" etwas mehr Beachtung als in den vorherigen Jahren geschenkt wurde. Dafür möchte ich mich bedanken, und dennoch kundtun: «dranbleiben»!

Weiter gibt es laut Verwaltungsbericht in unserer Gemeinde nach wie vor sehr herausgeforderte Menschen und Familien, wo besonders die Kinder, unsere Zukunft, am stärksten betroffen sind und darunter leiden. Ihnen soll auch in Zukunft ein grosses Augenmerk geschenkt werden!

Betreffend die Thematik «Soziales» hoffe ich auf weitere gute Zusammenarbeit mit den Vereinen, der öffentlichen Jugendarbeit, den Kirchen und weiteren Teamplayern.

Die EVP-Fraktion wird den vorliegenden Verwaltungsbericht genehmigen.

1. Vizepräsidentin Daniela Feller (FDP): Wie jedes Jahr stehe ich hier und bedanke mich im Namen der Fraktion für den Verwaltungsbericht.

Wiederum habe ich mich auf die Suche gemacht nach Merkwürdigem, resp. Interessantem. Diesmal hat mir leider die GPK vieles vorweggenommen und bereits einiges «denkwürdiges» eingebracht. Super finde ich, dass Mundigen einen Fax hat. Warum auch nicht? Es gibt noch einige Behörden die liebend gerne über Fax kommunizieren.

Augenfällig für mich war im Weiteren, dass scheinbar in der Rüti einige Male noch etwas los ist. Ansonsten kann ich mir die durchschnittlich 14 Personen, die jeweils in den Moonliner einsteigen nicht erklären. Finde ich super. Und scheinbar sind es Berner, oder Auswärtige, weil in der Waldeck steigen ja jeweils nur 2 Personen aus.

Die Ausleihen bei der Bibliothek haben auch etwas zugenommen im Vergleich zum 2022. Das freut mich als Leseratte persönlich. Was ich auch sehr begrüsse, dass wir berücksichtigend die etwas mehr Einwohnenden als 2022 im Jahr 2023 doch einen um 9 kg geringeren Abfallverbrauch hatten (bezogen auf den Kehrriech). Wobei ich mich frage, wohin es mit dem Grüngut noch führt, haben wir doch im Jahr 2023 pro Kopf 4 kg mehr verursacht. Gab es da irgendwo eine private Dschungelrodung? Bezüglich der Wassergewinnung und dem Wasserverbrauch

bin ich gespannt auf die Zahlen von 2024 im nächsten Jahr. Niederschlagsmässig wird wohl einiges zusammenkommen. Wofür dann wohl das Freibad einen Taucher macht.

Und auch wenn ich immer nur das Lustige zusammensuche. Ich schätze die Arbeit sehr und danke auch der GPK für die fundierte Vorbereitung des Geschäfts.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Besten Dank für deine Fragen Sandra Löhner (Mitte). Du hast Recht, die Behauptung beisst sich. Es ist tatsächlich so, dass wir in der Abteilung Tiefbau + Betriebe an die Kapazitätsgrenzen gestossen sind (Tramprojekt und Velomassnahmen). Die Motion zu diesem Thema ist nach wie vor hängig. Wir müssen die Prioritäten richtig setzen. Die Umsetzung der Velomassnahmen wird seit dem Mai vorangetrieben.

Zum Votum von Daniela Feller (FDP): Es ist unser Ziel, den Hauskehricht zu reduzieren und die Sammlung der Grünabfälle zu erhöhen. Es soll weniger Grüngut im Hauskehricht landen. Dieses Ziel haben wir im letzten Jahr erreicht.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (glp): Ich möchte die Fragen zu der "Schulsozialarbeit" beantworten. Die Schulsozialarbeit ist ein stetiges Thema im Parlament. In den letzten Jahren wurde die Schulsozialarbeit ausgebaut und den steigenden Fallzahlen angepasst. D. h. die von Sandra Löhner (Mitte) festgestellte Pendezenz ist keine neue Pendezenz. Dieser Sachverhalt wird seit mehreren Jahren festgestellt. Der Bedarf an Schulsozialarbeit ist vergleichbar mit anderen Gemeinden und der Stadt Bern. Der Bedarf (auch Jugendpsychiatrie) wächst stetig an. Wichtig ist, dass in die vorgelagerten Instrumenten investiert wird. Eine gute Versorgung bezüglich Schulsozialarbeit wird angestrebt. Eine gute Versorgung führt in der Regel auch zu höheren Fallzahlen. Wir wollen die Kinder bei Problemen frühzeitig erreichen und unterstützen. Wir können eine Statistik über die letztjährigen Fallzahlen noch per E-Mail nachliefern.

Zur Frage von Myriam Zürcher (EVP): Die Vernetzung werden wir selbstverständlich nach wie vor pflegen. Wir unterhalten das Sozialnetz Ostermundigen mit allen angeschlossenen Institutionen. Die aktive Vernetzung wird gepflegt und selbstverständlich beibehalten.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich möchte gerne in globo abstimmen. Ist der Rat mit dem Vorgehen einverstanden?

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Verwaltungsbericht 2023 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2023 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 wird folgender parlamentarische Vorstoss als erledigt abgeschrieben:

Nr.	Absender	Begehren	eingereicht	erheblich erklärt
Motionen				
25	SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion	Übertragung der Verantwortung für den Mutter-Kind-Deutschkurs zur Abteilung Soziales	25.06.2020	06.05.2021

Axioma #9501
20.3.01 Jahresrechnungen

268. Jahresrechnung 2023; Genehmigung

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über die Jahresrechnung im Detail zu führen.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Ich habe noch Bemerkungen zur Jahresrechnung 2023:

- Bei diesem Traktandum geht es um die Genehmigung der Jahresrechnung 2023. Wurde richtig verbucht, wurden die klaren und nicht veränderbaren Vorgaben von HRM2 eingehalten? Das sind die wesentlichen Fragen, welche es zu beantworten gilt. Anlässlich der Revisionsbesprechung wurde bestätigt, dass die Geschäftsfälle korrekt verbucht wurden, und dass keine Nachtragsbuchungen, also Korrekturen, nötig waren. Das ist gut. Unsere Revisionsstelle hat den Abschluss testiert. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.
- Die Jahresrechnung schliesst ca. 2 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies ist erfreulich. Hauptursache waren tiefere Ausgabe für Transferzahlungen. Das sind also Zahlungen an den Kanton und Zahlungen vom Kanton. Diese Zahlungen können wir nicht direkt beeinflussen und gehören zu den grössten Unsicherheiten bei der Budgetierung. Transferzahlungen machen mit etwa 62 Mio. Franken mehr als die Hälfte des Aufwands aus und bilden somit die grösste Ausgabenkategorie unserer Gemeinderechnung. Im Jahr 2023 waren die Nettozahlungen rund 3,3 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Also eine sehr hohe Differenz zu unseren Gunsten.
- Die Steuererträge sind gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Mio. Franken gestiegen, gegenüber 2020 sogar um 5,7 Mio. Franken. Dass die Gemeinde Ostermundigen trotzdem mit einem Defizit abgeschlossen hat, ist deshalb nicht strukturell bedingt, sondern hängt mit stark steigenden Ausgaben zusammen.
- Aktuell verfügt die Gemeinde über ca. 8 Mio. Franken Gewinnreserven. Bei einem jährlichen Verlust von einer halben Million Franken (wie im 2023) würden diese Reserven noch etwa 16 Jahre reichen. Bei schlechteren Jahresergebnissen natürlich entsprechend weniger lang.

Fazit

→ Eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt ist darum erfreulicherweise weder notwendig noch sinnvoll.

Markus Truog (SVP): Die SVP-Fraktion freut der - gegenüber dem Budget 2023 wesentlich bessere - Abschluss der Jahresrechnung 2023. Sie dankt allen daran Beteiligten bestens. Weiter nehmen wir gerne Kenntnis von den durchwegs «grünen Ampeln» zu den Kennzahlen der Finanzstrategie, insbesondere jene zur Steueranlage. Aus unserer Sicht muss weiterhin das

Ziel sein, die Steueranlage unserer Gemeinde stabil zu halten bzw. nicht zu erhöhen. Dies gelingt aber nur mit Sparwille und mit Verzicht auf unnötige Ausgaben.

Wir von der SVP-Fraktion stimmen der Jahresrechnung 2023 zu. Danke für die Aufmerksamkeit.

Gerhard Baumgartner (EVP): Alle Jahre wieder haben wir uns wieder zum Rechnungsergebnis zu äussern. Die Überlegungen von uns allen: Was möchten wir im Hinblick auf nächstes Jahr verbessern?

Es ist so wie es ist: Ostermundigen muss weiterhin mit den Finanzen sehr sorgfältig umgehen. Auch wenn der Abschluss besser als budgetiert ausgefallen ist, verfügen wir über keine Reserven mehr.

Viele Investitionen stehen in den nächsten Jahren an. Bei diesen vielen Klötzen müssen wir unterscheiden: Was ist notwendig? - Was ist "nice to have"? Bei deren Ausführung müssen wir lernen, mit unseren Ansprüchen bescheidener zu werden. D. h. Wünsche zurückstellen und sich auf das zwingend Notwendige beschränken. Aber politisch sind die Meinungen zu verschieden.

Was unserer finanziellen Situation aktuell hilft, sind die langfristigen Darlehen zu äusserst günstigen Konditionen (langfristiger tiefer Zinssatz).

Die EVP-Fraktion wird die Jahresrechnung genehmigen.

Oliver Tamàs (glp): Die GLP-Fraktion bedankt sich für die Erstellung der Jahresrechnung 2023 mit dem erfreulichen Ergebnis mit einem Verlust von nur CHF 440'000 im Allgemeinen Haushalt. Wir vergleichen das nicht nur mit dem Budget, sondern vor allem mit den Ergebnissen der letzten Jahre. Und hier zeigt sich: dies ist das beste Ergebnis seit vielen Jahren. In den Jahren 2020/21/22 betrug der Verlust immer zwischen CHF 1 bis 3 Mio.! Dies führte bekanntlich dazu, dass wir keine Finanzreserve mehr in der Bilanz haben. Nun verbleibt ein Bilanzüberschuss von CHF 8.1 Mio. Dieser wurde um den Verlust von CHF 440'000 reduziert.

Als Grund für das gute Ergebnis werden die deutlich tieferen Transferzahlungen an den Kanton (Ausgaben für Sozialhilfe, Verkehr und andere Leistungen) angegeben, die deutlich unter den Erwartungen lagen (Position 36). Die Differenz zum Budget beträgt so rund CHF 2 Mio., was in Bezug auf die Planungsgenauigkeit natürlich weniger erbaulich ist. Die Frage ist deshalb, wie wir zukünftig diese Variable planen resp. steuern können. Bleibt diese eher zufällig vom Kanton gesteuert, sind Diskussionen zur Finanzstrategie und Steuererhöhungen schwierig.

Bezüglich Steuern: der Steuerertrag der natürlichen Personen betrug rund CHF 38 Mio., das sind 5 % mehr als im Vorjahr. Bereits im letzten Jahr wuchs der Steuerertrag um 5 %. Der Bevölkerungszuwachs macht sich evtl. doch bemerkbar. Bei den juristischen Personen besteht noch Luft nach oben.

Zu beachten sind allerdings der Investitionsstau sowie die Finanzkennzahlen. Die meisten Finanzkennzahlen haben sich verschlechtert, wie

- Nettoschuld pro Einwohner deutlich gestiegen auf CHF 1'145
- Selbstfinanzierungsanteil gesunken auf 2.7 %

Dies ist noch kein Grund zur Sorge, muss aber aufgrund der hohen Investitionen in den kommenden Jahren beobachtet werden.

In diesem Sinne ist das Ganze positiv zu betrachten und wir genehmigen die Jahresrechnung.

Christoph Leiser (FDP): Vorab: die FDP. Die Liberalen-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen und genehmigt somit die Jahresrechnung 2023 und notgedrungen auch den damit verbundenen Nachkredit.

Die FDP-Fraktion dankt allen mit der Erstellung der Jahresrechnung involvierten natürlichen und juristischen Personen. Wir sind insbesondere erfreut, dass die Zusammenarbeit mit der neuen Revisionsstelle gemäss Rückmeldungen der involvierten Personen gut funktioniert und die Revisionsstelle kritisch aber fair nachfragt und nachbohrt, so sollte es sein.

Wie jedes Jahr wird dem GGR die Abrechnung über gehabte Freuden, Leiden, Glücks- und Unglücksfälle des Vorjahres vorgelegt. Das nackte Ergebnis wurde von der Vorrednerschaft bereits genügend kommentiert, eine Wiederholung erübrigt sich.

Es bleibt aber festzuhalten:

- *«E gschidi Frou» sagte an dieser Stelle vor ungefähr einem Jahr was folgt: «die Formulierung der sogenannten «Besserstellung» gegenüber dem Budget gemäss der Botschaft hilft auch dieses Jahr nicht weiter. Schlecht bleibt schlecht, auch wenn es weniger schlecht ist als budgetiert»;* mit Erlaubnis von Colette Nova war dieses Zitat hier möglich.
- Problematisch bleibt der Investitionsstau;
- auch wenn die Ampeln gemäss unserem Kontrollsystem aktuell auf «grün» stehen: auch im Strassenverkehr ist dabei Vorsicht wichtig, es kann nun nicht losgeblocht werden...;
- alle Abteilungen haben das ihnen gesetzte Budget unterschritten, einige plausible Begründungen dazu lassen sich in den Erläuterungen zur Jahresrechnung nachlesen; die Interpretationen und Auswirkungen fliessen sicherlich in künftige Budgetdebatten ein;
- auch diese Jahresrechnung sollte dem Parlament bei künftigen Ausgabebeschlüssen stets als mahnendes Damoklesschwert den Nacken ritzen!;
- und die erfolgte und spürbare Gebührenreduktion in der Spezialfinanzierung begrüssen wir.

Colette Nova (SP): Auch ich wiederhole mich oftmals hier im Parlament. Doch ich will das Votum vom letzten Jahr nicht wiederholen. Es ist schön, dass das Defizit kleiner als budgetiert ausgefallen ist. Doch ein Defizit bleibt ein Defizit.

Es gibt erfreuliche Faktoren, welche zum geringeren Defizit führen: höherer Steuerertrag, weniger Kosten für die Sozialhilfe etc. - Das alles zeigt die Grenzen der Planbarkeit eines Budgets. Es gibt natürlich auch Faktoren, die nicht beeinflusst werden können.

In der Jahresrechnung mussten auch einige negative/traurige Sachen hingenommen werden. Ich verweise insbesondere auf die Investitionsrechnung:

- ① Nur 46 % der geplanten Investitionen konnten ausgeführt werden und es wurde weniger Geld gebraucht. Die fehlenden Personalressourcen waren dabei ausschlaggebend. Dieser Sachverhalt führt zu einem Investitionsstau.

Ich möchte noch auf einige Punkte hinweisen:

- Finanzkennzahlen (Seite 40) - Selbstfinanzierungsgrad des Allgemeinen Haushalts von 12 % ist ungenügend. Ostermundigen hat nur noch einen kleinen Bilanzüberschussquotienten. Der Investitionsanteil von 9 % weist auf die schwache Investitionstätigkeit hin. Mit der schwachen Investitionstätigkeit von rund 10 Mio. Franken haben wir eine Zunahme der Verschuldung in Kauf genommen. Die Schulden wurden angehäuft.
- Geldflussrechnung (Seite 35) - Hier ein positiver Vermerk: ... *In der Berichtsperiode haben sich die flüssigen Mittel um ca. 4 Mio. Franken erhöht.* ...
- Es scheint, dass wir in Zukunft in diese Richtung gehen. Die besten Einsparungen, welche die Gemeinde Ostermundigen vornehmen kann, sind "vermeidbare Schuldzinsen", d. h. Schuldzinsen, welche die Gemeinde nicht bezahlen muss.

Fazit

- Schuldzinsen sind zu vermeiden; diese müssen wir zurückzahlen. Es ist günstiger, den Steuersatz zu erhöhen. Mit diesem Schritt kann eine Verschuldung vermieden werden.
- Zum Schluss möchte ich noch der Finanzabteilung für die Arbeiten und die informative Jahresrechnung danken. Die Jahresrechnung liest sich sehr gut.
- Des Weiteren möchte ich Christoph Leiser für sein Kompliment meinen Dank aussprechen.

Sandra Löhner (Die Mitte): Die Mitte-Fraktion wird die Jahresrechnung 2023 und die vorliegenden Nachkredite genehmigen und dankt der Abteilung Finanzen/Steuern für die Arbeiten.

Das Ergebnis der Jahresrechnung ist im Vergleich zum Budget erfreulich. Dabei ist insbesondere positiv zu erwähnen, dass die Ausgaben (ohne Transferaufwand) geringer ausgefallen sind als budgetiert. Das Bilanzdefizit gemäss Finanzplan im Jahr 2023 wird durch das bessere Ergebnis jedoch noch nicht in einen Bilanzüberschuss gedreht und wir müssen weiterhin haushälterisch mit den verfügbaren Mitteln umgehen.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Ich habe noch zwei Bemerkungen anzubringen:

- Votum Colette Nova (SP)

Deine Aussage "... es liest sich gut..." freut mich sehr. Eine Jahresrechnung ist bestimmt nicht für alle leicht leserlich resp. verständlich.

- Votum "Reserven"

Ich möchte klarstellen, dass wir alle vom Gleichen sprechen. Es gibt mehrere Arten von Reserven. Die Gemeinde Ostermundigen hat noch Reserven. Von den finanzpolitischen Reserven haben wir in den letzten Jahren gesprochen. Die finanzpolitischen Reserven sind aufgebraucht und liegen bei null. Wir haben aber einen Bilanzüberschuss von 8 Mio. Franken - das ist nicht wahnsinnig viel - aber dieser Überschuss kann als "Reserve" bezeichnet werden. Im Vergleich zu anderen Gemeinden haben wir ein beträchtliches Mass an "Mehrwertabschöp-

fungen" (das sind keine Reserven) aber hier kann Geld deponiert werden. Die Mehrwertabschöpfungen werden primär für die Finanzierung der Infrastrukturbauten verwendet. Sie sind sehr hilfreich für die zukünftigen Investitionen.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich möchte auch bei diesem Geschäft gerne in globo abstimmen. Ist der Rat mit dem Vorgehen einverstanden?

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Jahresrechnung 2023 wird genehmigt.
2. Die Nachkredite in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates von CHF 116'066.70 werden genehmigt.

Axioma #3345

30.4.25 Schulhaus Rothus

269. Schulanlage Rothus; Gesamtanierung und Erweiterungsneubau; Genehmigung Ausführungskredit

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Wir haben die Fraktionssitzungen besucht. Der konstruktive Austausch sowie die Anregungen haben wir dankend entgegengenommen. Insbesondere ist noch diese Frage zu beantworten:

- ① Wieso wird von einem Nachkredit (von 37,16 Mio.) zu einem (Projektierungs-) Kredit von 4,37 Mio. gesprochen und nicht ein neuer separater Kredit beantragt?

Dies geschieht, damit die «Einheit der Materie» eingehalten wird. Denn die im Projektionskredit gesprochenen Mittel gehören zum Gesamtprojekt und müssen schlussendlich auch in der Gesamtabrechnung zusammen erscheinen. Sonst wäre am Schluss nicht ersichtlich, wieviel das ganze Vorhaben gekostet hat. Dieses Vorgehen ist bei Grossprojekten üblich und wurde auch mit der Abteilung Finanzen abgesprochen. In der Abstimmungsbotschaft werden die 37,16 Mio. als Objektkredit (Baukredit) bezeichnet, welcher von der Stimmbevölkerung zu bewilligen ist.

Stefanie Dähler (SP): "Was lange währt, wird endlich gut" - hoffentlich. Ich freue mich, dass wir endlich Nägel mit Köpfen machen können. Das heisst, wir müssen Nägel mit Köpfen machen. Uns bleibt keine andere Wahl, als der Gesamtanierung und dem Erweiterungsbau des Schulhauses Rothus zuzustimmen. Es gibt keine Alternative und keinen Plan B. Die restlichen Schulhäuser platzen aus allen Nähten und ein zeitgemässer Unterricht ist in vielen Fällen nicht mehr oder nur bedingt möglich. Wir haben sozusagen Dichtestress in allen Schulhäusern und das wirkt sich in jedem Fall negativ auf den Unterricht, das Lernen und das Zusammenarbeiten aus.

Unsere Zustimmung zur Vorlage, wie sie hier steht, ist für unsere Gemeinde wie auch für die Zukunft unserer Kinder von größter Bedeutung. Die Entscheidung, in unser Schulhaus zu investieren, ist nicht nur eine finanzielle, sondern vor allem eine Investition in die Bildung und das Wohl unserer Schülerinnen und Schüler. Ein modernes, gut eingerichtetes Schulhaus bietet den Raum und die Ressourcen, die nötig sind, um eine hochwertige Bildung zu gewährleisten. Es schafft eine Umgebung, in der die Kinder lernen, wachsen und ihre Talente entfalten können.

Die 37 Millionen - ja, es ist viel Geld - aber es ermöglicht uns, das Schulhaus zu renovieren und zu modernisieren, um den aktuellen Bildungsstandards gerecht zu werden. Ein zeitgemässes Schulhaus ist ein wichtiger Faktor, um unseren Ostermundiger Kindern die bestmöglichen Lernbedingungen zu bieten. Sozusagen der Raum als dritter Pädagoge.

Es ist uns bewusst, dass ein solcher Kredit eine finanzielle Belastung darstellt. Doch die Vorteile, die daraus resultieren, überwiegen bei weitem die Kosten. Ein gut eingerichtetes Schulhaus erhöht auch die Attraktivität unserer Gemeinde. Es zieht nicht nur Familien an, die Wert

auf eine gute Bildung für ihre Kinder legen, sondern könnte uns auch auf dem ausgetrockneten Lehrpersonenmarkt Vorteile verschaffen.

Unsere Kinder und ihre Bildung sollten im Mittelpunkt der heutigen Entscheidungen stehen. Mit der Annahme des Geschäfts setzen wir ein starkes Zeichen für Bildung und Fortschritt. Wir zeigen, dass wir bereit sind, Verantwortung für die nächsten Generationen zu übernehmen.

Myriam Zürcher (EVP): Ich muss ehrlich sein, beim Thema "Schulanlage Rothus" (ehemals «Christophorus Schule») kommt mir eigentlich chronisch immer Rudolf Mahler (SP) in den Sinn. Wer vor, ich schätze jetzt mal sechs Jahren bereits im GGR war, mag sich bestimmt noch gut daran erinnern. Es gab um dieses Thema öfters hitzige Diskussionen.

Inhaltlich will ich hier von seinen Voten nichts aufgreifen. Wir müssen, so meine Meinung, nach vorne schauen. Vorne sehen wir, dass in Ostermundigen Schulraum benötigt wird, dass bauen und sanieren aktuell überall teuer ist und dass eine Mehrheit der Variante, wie sie uns vorliegt, zugestimmt hat.

Die EVP-Fraktion wird dem Ausführungskredit für die Gesamtsanierung und dem Erweiterungsneubau zustimmen, und hofft am 22. September 2024 auf ein klares JA von Seite der Bevölkerung.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem grossen Sanierungsprojekt zustimmen. Das ist eine "grosse Kiste" und wir haben bereits viel darüber gesprochen. Vielen Dank der Abteilung Hochbau für die gute Auskunftserteilung in der Fraktionssitzung.

- Wir müssen beim Volk Werbung für das Geschäft machen.
- Wichtig ist auch, dass ein Controlling-Unternehmen (extern) beauftragt wird, die Bautätigkeiten zu begleiten.

1. Vizepräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich kann mich den Vorrednerinnen und Vorrednern bei den Argumentarien anschliessen.

Wir von der FDP. Die Liberalen-Fraktion haben alles gedreht und gewendet, haben uns eingehend damit befasst, was wohl möglich wäre an Einsparungen. Denn: Über 37 Millionen ist doch eine rechte Stange Geld. Von diesen Millionen könnte man sich wohl in der Karibik eine Insel leisten. Oder einen Film mit Leonardo di Caprio in der Hauptrolle drehen. Er würde dann gar zu uns nach Ostermundigen kommen.

Aber Spass bei Seite: Es muss sein. Wir müssen das Geld investieren und in die Schule Rothaus investieren. Es führt kein Weg daran vorbei. Auch wenn wir so einige Brocken haben, die auf uns zukommen (z. B. die geplante Mehrfachturnhalle). Und Einsparungen sind bei diesem Projekt hier leider wie gesagt nicht möglich. Der aktuelle Platzmangel an den Schulen ist sehr akut. Davon konnte ich mich diese Woche selbst überzeugen. Dafür haben wir dann für die kommenden Jahre Ruhe und können uns zurücklehnen und uns an der Schulanlage erfreuen. Somit Augen zu und durch. Wir von der FDP. Die Liberalen-Fraktion werden dem Geschäft zustimmen.

- Ich persönlich finde zudem den Erweiterungsbau sehr gelungen!

- 37 Millionen Franken waren im Jahr 2021 ein Gewinn im Schweizer Lotto. Mit den Zahlen 6, 7, 15, 16, 20 und 26 inkl. der Glückszahl 5. Falls jemand von euch doch noch Lotto spielen möchte für die Gemeinde Ostermundigen.

Alexander Wahli (glp): Die GLP-Fraktion unterstützt das Geschäft Schulanlage Rothaus. Besten Dank Maya Weber Hadorn und Peter Müller für die Auskunftserteilung an unserer Fraktionssitzung.

Das Projekt ist sicherlich nicht knauserig, jedoch umsichtig und seriös geplant und vorbereitet. Die hohen Sanierungskosten müssen bis zum Bauende standhalten. Ein Controlling muss in Auftrag gegeben werden. Der Planungskredit wurde bis und mit Phase 41 ausgelöst. Das bedeutet, dass das Planungsteam bereits weit Vorausarbeiten konnte. Das Ausmass ist festgelegt und die Richtofferten können eingeholt werden. Trotz allen Unsicherheiten sind wir mit hoher Planungssicherheit unterwegs. Die Gliederung in die 5 Teilobjekte widerspiegelt dies. Das Budget resp. der Planungskredit sollten eingehalten werden können.

Wo sind die grossen Risiken? Volksabstimmung - Bewilligung - Materialverfügbarkeit und Unternehmerkazitäten.

1. Wir müssen die Bevölkerung dazu bringen, dass sie am 22. September 2024 dem Baukredit zustimmen wird. Es ist begrüssenswert, dass mit einer fundierten übersichtlichen Kommunikation (schulraum-ostermundigen.ch) der Gesamtheit begegnet wird.
2. Dem Risiko der Bewilligung wird mit fundierter Planung begegnet, Vorabklärungen konnten dank dem weitergehenden Planungskredit bis Phase 4 getätigt werden und verhindern eine Rückweisung. Die Bewilligungsbehörde der Gemeinde wird die Prüfung auch vor der Publikation vorantreiben, somit wird das Risiko auf das Regierungsstatthalteramt minimiert.
3. Dem Risiko der Materialverfügbarkeit und Unternehmerkazitäten soll nun in den weiteren Phasen Rechnung getragen werden. Es soll verhindert werden, dass die Beschaffung durch unnötige und übertriebene Zwänge erschwert wird und potenzielle Firmen abgeschreckt werden. Aktuell sind die Auslastungen in gewissen Arbeitsgattungen sehr hoch und Angebote sind schwierig zu kriegen. Der Nachhaltigkeit ist Rechnung zu tragen, darf aber nicht übertrieben werden (z. B. Holzbeschaffung, Verortung und entsprechende Qualitätsanforderungen können die Verfügbarkeit einschränken und führen zu Verzögerungen).

Michael Mitter (Die Mitte): Die Mitte-Fraktion befürwortet den Kredit für die Gesamtsanierung und den Erweiterungsneubau der Schulanlage Rothaus. In Anbetracht des stolzen Gesamtbetrages hoffen wir, dass die Schülerzahlen nicht wieder sinken und die Schulanlage ihren Zweck für lange Zeit erfüllen kann.

Christoph Leiser (FDP): Unvorbereitet und als Ergänzung zum bisher Gesagten gerne die folgenden wichtigen Bemerkungen:

- Wir danken dem Gemeinderat und dem Abteilungsleiter für die Vorinformationen in den Fraktionen;

- mit den von der temporären Hallenschliessung betroffenen Parteien (Vereine, TVO, Fussball, etc.) soll gemäss Zusage der Gemeindevertreter (anlässlich der Fraktionssitzung FDP) frühzeitig Kontakt aufgenommen werden und unbürokratisch und effizient Lösungsmöglichkeiten resp. Ersatzmöglichkeiten geprüft und angeboten werden;
- dies ist insbesondere für die nun folgende Information und Überzeugung der Bevölkerung vom Projekt unerlässlich und
- zudem ist beim Bau der Sonnenschutz der Halle neu zu planen - die aktuelle «Lösung» ist für die Benützer ab 17.00 Uhr in den Sommer- und Herbstmonaten schlicht «für d'Füchs»!

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich möchte gerne in globo abstimmen. Ist der Rat mit dem Vorgehen einverstanden?

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Gesamtsanierung und der Erweiterungsneubau für die Schulanlage Rothus werden genehmigt.
2. Für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Rothus wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Nachkredit von CHF 37'169'000.00 inkl. MwSt. bewilligt.
3. Das Geschäft wird in Anwendung von Artikel 32 Gemeindeordnung dem Souverän zum verbindlichen Beschluss vorgestellt. Die Volksabstimmung ist für den 22. September 2024 vorgesehen.

270. Reglement über die Gemeindeabgabe auf Strom; Genehmigung

Colette Nova (SP): Ich habe einen **Änderungsantrag Nr. 1** eingereicht. Der Text des Reglements wird wie folgt geändert:

³Die Höhe der Gemeindeabgabe beträgt zwischen 1.0 und 3.0 Rappen pro kWh (exkl. MwSt.). Sie ist auf 900 Franken pro Jahr und Zähler beschränkt.

Das Wort "maximal" ist ersatzlos zu streichen. Es gibt keinen Grund, dass die Gemeinde Ostermundigen auf Einnahmen verzichtet. Die Abgabe pro Kilowatt pro Haushalt wird in der Botschaft beschrieben. Andere Gemeinden kennen ein deutlich höheren Deckel (Maximalbeitrag).

Die SVP-Fraktion erachtet die Schaffung der reglementarischen Rechtsgrundlage für das Erheben von Konzessionsabgaben bei Elektrizitätsversorgungsunternehmen als richtig. Dies wurde für die Gasversorgung im Jahr 2013 auch schon gemacht.

Benjamin Gimmel (EVP): Wir von der EVP-Fraktion haben einen **Änderungsantrag Nr. 2** vorbereitet. Der Text des Reglements (Artikel 2 Ziffer 3) wird wie folgt geändert:

Begründung

- F:\Users\Kunjur\Apdata\Local\Temp\2\CM\View_D19a3423ddca4946b2f679367e4b8857\Protokoll Nr. 2 Vom 27. Juni 2024.Docx

- Höhere Energiepreise führen zum sparsamen Umgang. (z. B. Gaspreis)
- Belastung ist pro Haushalt mit 10 bis 30 Franken pro Jahr gering. Das Sparpotential liegt bei 20 - 25 % und ist deshalb viel grösser.

Adrian Tanner (Grüne): Wir von den Grünen unterstützen den Änderungsantrag Nr. 1 von Colette Nova (SP). Auf die Zusatzeinnahmen sollte die Gemeinde Ostermundigen nicht verzichten.

→ Ich schlage einen kurzen Sitzungsunterbruch vor.

Im Verwaltungsbericht 2023 kann auf Seite 30 folgendes gelesen werden: ..., *mit einem Massnahmenplan aufzeigen, ob bis Ende 2028 die Auszeichnung "Energistadt Gold" möglich ist.* Die Einnahmen sind nicht gebunden. Jedoch haben die Einfluss auf den Stromverbrauch.

Hans Peter Friedli (SVP): Der Änderungsantrag für die Tarifierhöhung erstaunt mich. Das Gewerbe hat bereits heute mit erhöhten Tarifen zu kämpfen. Ich sehe hier noch keinen Handlungsbedarf.

Des Weiteren ist der Gemeinderat für die Anpassungen des Tarifs zuständig. Wir können nicht immer mehr Einnahmen fordern. Wir müssen gleichzeitig ebenfalls die Ausgaben bremsen.

Colette Nova (SP): Ich möchte eine rechtliche Klarstellung anbringen:

Ja, der Grosse Gemeinderat genehmigt die Reglemente. Wir legen den Rahmen resp. die Grundlage zuhanden des Gemeinderates im Reglement fest.

Die EVP-Fraktion sollte im Änderungsantrag Nr. 2 festhalten:

Die Höhe der Gemeindeabgabe beträgt zwischen 2.0 und 3.0 Rappen pro kWh (ohne MWSt.).

Mein Änderungsantrag Nr. 1 mit der Streichung von "maximal" auf 900 Franken bedeutet, dass die Obergrenze bei 900 Franken liegt. Der Gemeinderat kann keinen tieferen oder höheren Wert beschliessen. Über die beiden Änderungsanträge ist separat abzustimmen. Der Änderungsantrag Nr. 1 betrifft den zweiten Satz und der Änderungsantrag Nr. 2 betrifft den ersten Satz von Artikel 2 Ziffer 3.

→ Einen kurzen Sitzungsunterbruch kann ich unterstützen.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Ein Time Out ist sinnvoll. Es braucht im Änderungsantrag Nr. 2 eine Präzisierung seitens EVP-Fraktion.

Wir machen eine (Sandwich)-Pause von 15 Minuten

----- viertelstündige Pause -----

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Ich möchte noch einige Informationen abgeben, welche mithelfen, eine Entscheidung zu treffen.

- Wir haben rund 11'000 Stromzähler, welche unter dem Schwellenwert liegen. Wenn das Maximum resp. maximal 900 Franken pro Jahr und Zähler weggelassen wird, kommen wir auf schätzungsweise 90'000 Franken an Mehreinnahmen.
- Wenn betrifft die maximale Begrenzung? Das sind rund 90 Zähler, d. h. sogenannte "Grosskunden" resp. das Gewerbe und die Gemeinde Ostermundigen (z. B. Schulanlagen).
- Der Gemeinderat war gewillt, keine Anpassungen vorzunehmen, sondern nur eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Der Mehrwert mit dem Weglassen von maximal 900 Franken ist gegeben. Ein gewisser Mehrwert ist auch mit der Gemeindeabgabe zwischen 2.0 und 3.0 Rappen gegeben. Gemäss grober Kostenschätzung könnten Mehreinnahmen von ca. 160'000 Franken erwartet werden. Diese Erhöhung betrifft alle.
- Die Abgaben fliessen in den "Allgemeinen Haushalt" und nicht in die Spezialfinanzierung.
- Alle meine Angaben sind ohne Gewähr.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir stimmen über die beiden Änderungsanträge ab. Ich zitiere nochmals deren Wortlaut:

Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion

Artikel 2 Ziffer 3

³Die Höhe der Gemeindeabgabe beträgt zwischen 2.0 und 3.0 Rp. pro kWh (exkl. MwSt.) .

Abstimmung

→ Der Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion wird mit 18 zu 10 abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 1 von Colette Nova (SP)

Artikel 2 Ziffer 3

³Die Höhe der Gemeindeabgabe beträgt zwischen 1.0 und 3.0 Rappen pro kWh (exkl. MwSt.). Sie ist auf 900 Franken pro Jahr und Zähler beschränkt.

Abstimmung

→ Der Änderungsantrag Nr. 1 von Colette Nova (SP) wird mit 18 zu 16 abgelehnt.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Ich möchte gerne in globo abstimmen. Ist der Rat mit dem Vorgehen einverstanden?

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 31 zu 0 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) den folgenden

B e s c h l u s s

1. Das «Reglement über die Gemeindeabgabe auf Strom» wird genehmigt und tritt per 1. Oktober 2024 in Kraft.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Axioma #9540

40.1.44 Strassenprojekte (Strassen, Radwege, Wohnstrassen)

271. Bernstrasse; Verlegung der Buslinie Nr. 10; Ausbauetappe 1; Kreditabrechnung

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Eine Frage seitens der Geschäftsprüfungskommission ist noch ausstehend:

① Wieso hat die Kreditabrechnung so viel Zeit benötigt?

Die letzte Buchung auf diesem Investitionskonto ist im Jahre 2015 erfolgt. Ein Stellenwechsel inkl. die personellen Vakanzen haben zu dieser Verzögerung geführt. Die Kreditabrechnung ist tatsächlich länger liegen geblieben als notwendig. Wir versprechen Besserung und sind zurzeit am Erarbeiten diverser Kreditabrechnungen. Ich danke Euch für die Geduld.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäft vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung zum Strassenbauprojekt der Verlegung der Buslinie Nr. 10 auf die Bernstrasse, 1. Ausbauetappe, abschliessend mit der Kostensumme von CHF 525'876.20 (inkl. MwSt.) und Infrastrukturbeiträgen in der Höhe von CHF 88'820.75 (Kto. 440.5010.14) wird Kenntnis genommen.

Axioma #146
40.9.03 Planungen
40.9.07 Worble

272. Wasserbauplan Worble im Abschnitt Bernapark bis Fussgängerbrücke Rörswil; Auftrennung Plangenehmigungsverfahren Schwandiareal; Genehmigung Nachkredit

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Es liegen keine Wortmeldungen zum Geschäft vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Zu Lasten der Investitionsrechnung wird für den Hochwasserschutz und die Offenlegung der Worble im Perimeter Deisswil bis Rörswilbrücke für die SIA-Phasen 32 + 33 (Bauprojekt + Bewilligungsverfahren) ein weiterer Nachkredit von CHF 142'000.00 (inkl. MwSt.) bewilligt. Der gesamte bewilligte Kredit beläuft sich damit auf CHF 425'000.00 (inkl. MwSt.).

Axioma #9468
58.1.20 Verträge

273. Anschluss Zivilschutzorganisation Bantiger an die Zivilschutzorganisation Bern plus; Genehmigung Vertrag

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Gerhard Baumgartner (EVP): Ich war 21 Jahre Leiter des Regionalen Kompetenzzentrums (RKZ). Das RKZ-Ostermundigen war während vielen Jahren eine Vorzeigeorganisation. Viele Delegationen aus dem Ausland waren bei uns im RKZ-Ostermundigen, um Informationen zu abzuholen.

Der Zivilschutz wird auch in Zukunft benötigt. Es braucht Veränderungen und ich hoffe, dass mit dem Anschluss an den ZSO-Bern die Aufgaben und der Einsatz weiterhin sichergestellt werden. Das Personal muss auch in Zukunft gut ausgebildet werden.

Kerstin Kistler (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Die Ausgangslage resp. den Sachverhalt konnten wir alle in der Botschaft nachlesen.

Für uns ist wichtig, dass es für das Personal eine Anschlusslösung gibt. Besten Dank der Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit für die Rückmeldung.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich möchte gerne in globo abstimmen. Ist der Rat mit dem Vorgehen einverstanden?

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Anschlussvertrag über die Besorgung der Aufgaben im Bereich des Zivilschutzes durch den Zivilschutz der Stadt Bern (Anschlussvertrag) per 1. Januar 2025 wird genehmigt.
2. Die damit verbundenen jährlichen wiederkehrenden Ausgaben von CHF 204'000.00 werden genehmigt.

Axioma #9543
10.3.72 Motionen

274. Überparteiliche Motion für umfassend nachhaltige Beschaffungen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Jorgo Ananiadis (Piraten): Besten Dank dem Gemeinderat für die Stellungnahme resp. Beantwortung der Motion. Diese Motion wurde eingereicht anlässlich der "Ersatzbeschaffung ICT für die Schulen", also der Schulcomputer, die unsere Kinder in den nächsten Jahren verwenden. Die in der Motion geforderte Nachhaltigkeit über den Gesamtlebenszyklus war damals quasi inexistent.

Nun lesen wir, dass es eine Richtlinie und ein Leitfaden zur nachhaltigen Beschaffung gibt. Das ist gut, aber es steht leider noch nicht ganz alles von der Motion geforderte drin. Da könnte der Gemeinderat bei Gelegenheit ein Update einspielen.

In der Antwort werden interne Schulungen erwähnt, was grundsätzlich wichtig ist, wenn sie denn durchgeführt werden. Viele Beschaffungen der Gemeinde werden jedoch durch externe Dienstleister koordiniert, welche scheinbar nicht alle diese Richtlinien kennen:

In der Antwort auf die Motion steht: *"Dabei ist immer auch die Ergebnisoffenheit gewährleistet und es werden immer alle Optionen geprüft. So kommt es in der IT nicht vor, dass zum Vorneherein nur ein Hersteller von Soft- oder Hardware in Frage kommt."*

Aber im Geschäft "Ersatzbeschaffung ICT-Infrastruktur Schulen (ICT)" vom 06.12.2023 steht in der SIMAP-Ausschreibung, dass *"[...] nur Geräte für eine Windows-Umgebung in Frage kommen."*

Tragischerweise wurde dieselbe Einschränkung auf einen einzigen Hersteller bereits fünf Jahre vorher gemacht. Es gab also keine positive Veränderung.

Bezüglich ökonomischer Nachhaltigkeit und Preis steht in der Antwort auf die Motion *"Dabei ist nicht der Preis allein, sondern das Kosten-/Nutzen-Nachhaltigkeitsverhältnis entscheidend."*

In der erwähnten Ersatzbeschaffung ICT-Infrastruktur waren die Zuschlagskriterien: Preis 80 %, Referenzen 10 %, Anforderungs- und Fragenkatalog 10 %. Die Lebenszykluskosten waren also kein Thema und bezüglich Produktökobilanz oder anderen Nachhaltigkeits-Grundsätzen wird ausser einem Label nichts erwähnt. In ICT-Beschaffungen dürfte die Gewichtung des Preises zugunsten Nachhaltigkeitskriterien aber stark reduziert werden.

Insofern haben wir hier am Tag der Einreichung der Motion wohl gerade ein schlechtes Beispiel erwischt, wo eine Ausschreibung durch einen externen Dienstleister nicht streng gemäss "Richtlinie nachhaltige Beschaffung" wie z. B. WÖB-Richtlinien ausgeführt wurde.

→ Wir zählen darauf, dass das zukünftig besser gehandhabt wird. Und mit diesem Versprechen stimmt unsere Fraktion, also ich, dem Antrag des Gemeinderats zu.

Markus Truog (SVP): In der Stellungnahme des Gemeinderates zur vorliegenden Motion werden die "Richtlinie nachhaltige Beschaffung" und der "Leitfaden öffentliche Beschaffung" erwähnt. Die Richtlinie konnten wir von der Gemeindehomepage herunterladen und den Leitfaden bei der Verwaltung beschaffen. Schade, wurden diese beiden Dokumente - oder wenigstens die Links dazu - der heute vorliegenden Botschaft nicht beigelegt.

Nach dem Studium der gemeinderätlichen Stellungnahme und der beiden erwähnten Dokumente ist die SVP-Fraktion zum Schluss gekommen, in diesem Geschäft dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Besten Dank Jorgo Ananiadis (Piraten) für die Anregungen. Es ist ein wichtiger Punkt, welchen du in deinem Votum einbringst. Das Thema entwickelt sich ständig weiter. Wir sind auf Bundes- wie auf Kantonsebene an Vorgaben gekoppelt. Eine Weiterentwicklung liegt auch in unserem Interesse.

① Warum hat es bei der erwähnten Beschaffung nicht wie erwähnt geklappt?

Viele Sachen sind parallel resp. in diversen Abteilungen an die Hand genommen worden. Wir sind an der Überprüfung des Prozesses. Die Kompetenzen sollten in Zukunft (abteilungsübergreifend) besser an die Hand genommen werden.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Erstunterzeichner ist kopfnickend mit der Abschreibung der Motion einverstanden. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion für umfassend nachhaltige Beschaffung wird begründet, erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

Axioma #9545

10.1.35 Einfache Anfragen

275. Einfache Anfrage GLP-Fraktion betreffend „Status Temporegime & Velowege in Ostermundigen“; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner mit der Beantwortung zufrieden?

Oliver Tamàs (glp): Die Beantwortung zu den "Velowegen" habe ich mir umfassender vorgestellt. Ansonsten bin ich mit der gemeinderätlichen Beantwortung zufrieden.

B e s c h l u s s

Die einfache Anfrage GLP-Fraktion betreffend „Status Temporegime & Velowege in Ostermundigen“ wird schriftlich beantwortet.

276. Orientierung des Gemeinderates

Axioma #9416

42.2.75 Wasserverbund Region Bern AG (WVRB)

a) Wasserverbund Region Bern AG (WVRB): Änderungen des Partnerschaftsvertrags

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Eine Tischauflage mit folgendem Wortlaut wurde vorgängig verteilt:

Gemäss Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 8. Mai 2014 (Geschäft Nr. 24) ist der Gemeinderat unter Vorbehalt der Finanzkompetenz zuständig, Änderungen des Partnerschaftsvertrags der WVRB AG zu genehmigen. Der Gemeinderat hat dabei jeweils den Grossen Gemeinderat über beschlossene Änderungen zu orientieren, was hiermit erfolgt.

Auf Antrag des Verwaltungsrats der WVRB AG haben alle Aktionäre im November 2023 ihre Unterschriften zu den Änderungen im Partnerschaftsvertrag gegeben. Wichtigste Änderung dabei war die Verkleinerung des Verwaltungsrats auf mindestens 7 Mitglieder. Bisher waren alle 18 Aktionäre mit je einer Person im Verwaltungsrat vertreten. Zur direkten Information der Aktionäre, zum Meinungsaustausch und zur Meinungsbildung der Aktionäre werden künftig Aktionärstage durchgeführt. Der geänderte Partnerschaftsvertrag trat per 1. Januar 2024 in Kraft.

Der Verwaltungsrat der WVRB AG hat den Aktionären zudem folgende Anträge gestellt:

- *Antrag vom 17. August 2023, dem Beitritt der Einwohnergemeinde Wichtrach per 1. Januar 2025 zuzustimmen;*
- *Antrag vom 19. März 2024, dem Beitritt der Wasserverbund Grauholz AG (WAGRA) per 1. Januar 2025 zuzustimmen.*

Der Gemeinderat hat diesen beantragten Beitritten in seinen Sitzungen vom 28. November 2023 und 7. Mai 2025 zugestimmt.

Die Generalversammlung der WVRB AG hat den für die Verkleinerung des Verwaltungsrats, für das Einführen des Aktionärstags und den Beitritten der Einwohnergemeinde Wichtrach und der Wasserverbund Grauholz AG am 13. Juni 2024 zugestimmt.

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Die folgenden parlamentarischen Vorstösse sind vorgängig (--> abgesagte GGR-Sitzung vom 2. Mai 2024) beim Ratsbüro eingegangen:

1. Motion Colette Nova (SP) und Mitunterzeichnende für eine Modernisierung der Gemeindegremien
2. Motion Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend partizipatives Budget
3. Interpellation GLP-Fraktion für eine Netto-Null Klimastrategie für Ostermundigen
4. Interpellation Marcel Falk (SP) und Mitunterzeichnende betreffend echte Begegnungszonen in Strassen mit Tempo 20
5. Dringliche (gem. Art. 53 Abs. 4 GO GGR) Interpellation Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend «Fussballcampus»
6. Interpellation Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend Label «Energiestadt Gold»

Die parlamentarischen Neueingänge von heute Abend lauten wie folgt:

7. Überparteiliche Motion betreffend mindestens acht Wochen garantierter Ferienbetreuung während den Schulferien
8. Überparteiliche Motion betreffend Inklusionscheck für Gemeinden - wie barrierefrei, inklusiv, digitalisiert und UNO-BRK-konform ist die Gemeinde Ostermundigen?
9. Überparteiliche Motion betreffend Förderung der Biodiversität bei Privaten durch Beratung
10. Überparteiliches Postulat betreffend Fahrplan Buslinie 44
11. Einfache Anfrage Kathrin Balmer (SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion) und Mitunterzeichnende betreffend Begegnungszone Eschenweg 12

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Wir werden nun im Ratsbüro über die "Dringlichkeit" entscheiden (dringliche Interpellation Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend «Fussballcampus»).

→ Wir machen eine kurze «Beratungspause».

- - - - - P a u s e - - - - -

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Das Ratsbüro bejaht die Dringlichkeit der Interpellation Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend «Fussballcampus».

Axioma #9881

10.3.72 Motionen

277. Motion Colette Nova (SP) und Mitunterzeichnende für eine Modernisierung der Gemeindegremien; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Änderung der Gemeindeordnung zwecks Straffung und Verkleinerung der politischen Gremien (Gemeinderat, Grosser Gemeinderat, Kommissionen) zu initiieren. Zu diesem Zweck soll er dem Grossen Gemeinderat einen Vorgehensvorschlag, eine Planung und inhaltliche Vorschläge unterbreiten. Die Parteien sollen umfassend und frühzeitig in die Arbeiten einbezogen werden und dem GGR soll genügend Zeit für die Beratung eingeräumt werden (mind. 2 Lektüren). Ziel soll sein, dass die revidierte Gemeindeordnung rechtzeitig in Kraft treten kann, damit die Wahlen für die Legislatur 2029-2032 bereits nach den neuen Regeln erfolgen können.

Begründung

Die heutige Aufstellung der Gemeindegremien belastet die Parteien stark: Es ist für sie schwierig, genügend geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für den GGR, die zahlreichen Kommissionen und den Wahl- und Urnenausschuss zu finden und vakante Sitze aufgrund von Austritten neu zu besetzen. Eine Verkleinerung des GGR ist daher angezeigt. So könnte die Anzahl Sitze im Parlament z.B. auf 30 statt 40 Sitze reduziert werden. Auch ein etwas kleineres Gemeindeparlament kann seine Aufgaben gut, wenn nicht sogar besser wahrnehmen.

Eine Verkleinerung des Gemeinderates (z.B. auf 5 Mitglieder) kombiniert mit einer Aufwertung der bisherigen nebenamtlichen Mitglieder des Gemeinderates (z.B. ein Beschäftigungsgrad von 80 – 100 % statt wie bisher 20 %) soll die Exekutive stärken und professionalisieren. Zudem würde es einfacher, geeignete Personen für diese Aufgabe zu finden als mit einem kleinen Nebenamt. Die Gemeinde wächst weiter, ihre Aufgaben werden laufend komplexer, eine Stärkung des Gemeinderates ist daher nötig.

Einige Kommissionen haben kaum Aktivitäten, müssen aber ebenfalls besetzt und verwaltet werden. Es muss daher geprüft werden, welche es wirklich noch braucht. Die Grösse der Kommissionen muss ebenfalls kritisch hinterfragt werden. Ebenfalls geprüft werden soll, die Finanzkommission neu als vorberatende parlamentarische, statt als ausserparlamentarische Kommission auszugestalten. Das würde ihrer Aufgabe besser gerecht und der bewährten Praxis von vielen politischen Körperschaften entsprechen.

Eine umfassende Modernisierung der politischen Gremien ist notwendig, damit Ostermundigen für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Eingereicht am 2. Mai 2024

sig.: Colette Nova (SP), E. Selmani, M. Schneider, K. Balmer, M. Falk, Y. Dressler, S. Dähler, K. Kistler, P. Buri

Axioma #9882

10.3.72 Motionen

278. Motion Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend partizipatives Budget; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde wird beauftragt, als Pilotprojekt ab 2025 für drei Jahre ein partizipatorisches Budget von 20 000 CHF pro Jahr vorzusehen.

Davon soll je mindestens 40 % Projekten im sozialen/kulturellen bzw. im ökologischen Bereich zugutekommen. Die unterstützten Projekte sollen auf öffentlichem Grund umgesetzt werden. Pro Projekt soll ein Maximalbeitrag von 3000 Franken gesprochen werden können.

Über die eingereichten Vorschläge soll online oder auf Wunsch auf Papier in der Gemeindeverwaltung abgestimmt werden können.

Die Möglichkeit, Projekte einzureichen, soll allen offenstehen, die in Ostermundigen wohnen; falls mit vertretbarem Aufwand machbar sollen jene, die sonst einen Bezug zur Gemeinde haben, mitabstimmen können.

Begründung

Ein partizipatorisches Budget ist ein Instrument der demokratischen Teilhabe. Neben den Wahlen und den Abstimmungen erhält die Bevölkerung eine weitere Möglichkeit, Ihre Nachbarschaft mitzugestalten. Die Menschen fühlen sich stärker mit der Gemeinde verbunden und es entstehen neue Kontakte.

Als Inspiration können entsprechende Projekte aus verschiedenen europäischen Städten dienen:

Zürich: https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/ueber_das_departement/medien/medien-mitteilungen/2021/juli/210708a.html (Bei diesem Projekt durften alle interessierten Personen mitabstimmen.)

Helsinki: <https://omastadi.hel.fi/>

Paris: <https://decider.paris.fr/decider/jsp/site/Portal.jsp>

Barcelona: <https://www.decidim.barcelona/processes/PressupostosParticipatius> (Open-Source-Programm für die Online-Abstimmung)

Ein ähnliches Projekt gibt es auch in Bern: <https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/mitreden-und-mitgestalten/kora-bern/berner-oasen>

sig.: Adrian Tanner (Grüne), K. Balmer (SP), M. Falk (SP), M. Schneider (SP), Y. Dressler (SP), S. Dähler (SP), P. Bähler (glp)

Axioma #9834

10.3.74 Interpellationen

279. Interpellation GLP-Fraktion für eine Netto-Null Klimastrategie für Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Fragen

1. Wird die Gemeinde eine Netto-Null Klimastrategie erarbeiten, z.B. im Rahmen des Labels Energiestadt Gold?
2. Wenn ja:
 - a. Wird die Netto-Null Klimastrategie auch die Anpassung an den Klimawandel beinhalten ?
 - b. Können Parlament, Bevölkerung und Interessengruppen (z.B. Gewerbe) bei der Erarbeitung der Netto-Null Klimastrategie mitwirken ?
 - c. Was ist der Zeitplan für die Erarbeitung der Netto-Null Klimastrategie ?

Ausgangslage

Netto-Null wird national angestrebt und Ostermundigen hat sich deutlich für das Ziel ausgesprochen

Eine Netto-Null Klimastrategie für Ostermundigen ist im Einklang mit dem Netto-Null Ziel 2050 der Schweiz, dem Klimaschutz-Artikel des Kantons Bern und dem Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit. Zudem haben Nachbargemeinden bereits Klimastrategien mit einem Absenkungspfad der Treibhausgasemissionen.

Der Bundesrat hat die langfristige Klimastrategie¹ der Schweiz am 27. Januar 2021 verabschiedet. Das bedeutet, dass die Schweiz bis 2050 klimaneutral sein soll und unter dem Strich keine Treibhausgasemissionen mehr ausstossen soll. Die langfristige Klimastrategie der Schweiz schlägt Massnahmen vor und zeichnet den Absenkungspfad der Treibhausgasemissionen bis 2050 nach Sektoren ab (Siehe Abbildung).

¹ Medienmitteilung und Dokumente : [Langfristige Klimastrategie 2050 \(admin.ch\)](https://www.admin.ch/gov/de/press/m/medienmitteilung/medienmitteilung-2021-01-27-01)

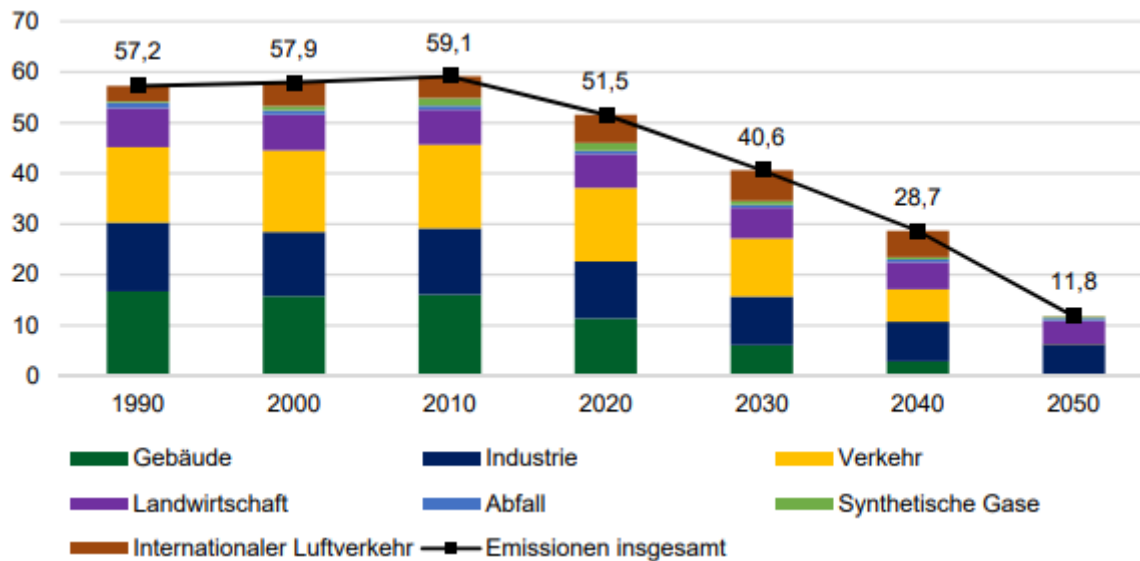


Abbildung: Absenkungspfad der Treibhausgasemissionen der Schweiz (Abb. 27 aus der Langfristige Klimastrategie der Schweiz)

Im Jahr 2050 verbleiben somit rund 11,8 Mio. Tonnen CO_{2eq}, vor allem aus den Sektoren Landwirtschaft und Industrie. Um diese Restemissionen zu eliminieren und längerfristig negative Emissionen zu erzeugen, sind der Einsatz von Technologien zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ («Carbon Capture and Storage» CCS, vor allem für die Industrie) sowie negative Emissionstechnologien (NET) nötig.

Fehlendes oder ungenügendes Handeln hätte sehr hohe Kosten zur Folge. Das bedeutet für die Schweiz, die vom Klimawandel überdurchschnittlich betroffen ist, im Jahr 2050 Kosten bis zu 4 Prozent des jährlichen Brutto-Inlandproduktes.

Am 26. September 2021 wurde die Änderung der Kantonsverfassung (Klimaschutz-Artikel 31a) mit 63.8% (72% in Ostermundigen) deutlich angenommen². Mit diesem Verfassungsartikel setzt sich der Kanton Bern zum Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein und die Fähigkeit zur Anpassung an die nachteiligen Auswirkungen der Klimaveränderung zu stärken.

Am 18. Juni 2023 hat die Schweiz über das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit³ abgestimmt. Diese Vorlage wurde ebenfalls mit 59.1% (67% in Ostermundigen) deutlich angenommen. Im Art. 4 des Gesetzes sind Richtwerte zur Erreichung der Treibhausgasverminderungsziele in den Sektoren Gebäude, Verkehr und Industrie wie folgt angegeben:

	2040	2050
Gebäude	82%	100%
Verkehr	57%	100%
Industrie	50%	90%

Art. 10 sieht eine Vorbildfunktion von Bund und Kantonen vor, somit sollen Kantone für ihre zentralen Verwaltungen und bundesnahen Betriebe ab 2040 mindestens Netto-Null Emissionen aufweisen.

Manche Nachbargemeinden haben bereits Klimastrategien mit einem Absenkungspfad der Treibhausgasemissionen

² [Deutliches Ja zum Klimaschutz in der Verfassung \(be.ch\)](https://www.bundestag.ch/parlament/arbeit/verfassung/verfassungsgesetz/verfassungsgesetz_2021)

³ [Klima- und Innovationsgesetz - UVEK \(admin.ch\)](https://www.admin.ch/gov/de/aktuell/dokumentation/klima-und-innovationsgesetz)

Um das ambitionierte Netto-Null Klimaziel zu erreichen, sind alle gefordert. Insbesondere die Gemeinden und Städte haben eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung des lokalen Klimaschutzes. Einige Nachbargemeinden haben schon Strategien genehmigt:

Stadt Bern

Die Stadt Bern hat bereits am 12. Mai 2015 eine Energie- und Klimastrategie mit klimapolitischen Leitlinien 2015-2025 für die Stadt Bern verabschiedet⁴ und Massnahmen zum Klimaschutz und der Klimaanpassung in ihren Legislatur Richtlinien 2021 – 2024 integriert⁵. Am 17. März 2022 hat der Stadtrat von Bern ein Reglement über Klimaschutz⁶ beschlossen, das die Stadt Bern verpflichtet, die Ziele des Übereinkommens von Paris von 2015⁷ bis spätestens 2035 zu erreichen. Das Übereinkommen von Paris hat als Ziele: i) die durchschnittliche globale Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, wobei ein maximaler Temperaturanstieg von 1,5 Grad Celsius angestrebt wird; ii) eine Verbesserung der Anpassungsfähigkeit an ein verändertes Klima, sowie iii) eine Ausrichtung von Finanzflüssen auf eine treibhausgasarme Entwicklung.

Das Reglement über den Klimaschutz der Stadt Bern sieht Absenkungspfade der Treibhausgasemissionen im Allgemeinen sowie in den Sektoren Wärme und Mobilität vor (Art. 2).

Ittigen

Der Gemeinderat von Ittigen hat Ende 2020 das Konzept Klimact 2030+⁸ verabschiedet, mit dem Ziel bis spätestens 2050 die Treibhausgase der Gesamtgemeinde auf Netto-Null zu reduzieren. Absenkpfade sind mit Zielen ab 2024 bis 2050 für die Sektoren Gemeinde, Firmen, Gebäudeeigentümer/innen und Verkehr gesetzt. Zur Unterstützung der Zielerreichung hat Ittigen verschiedene Beratungen und Förderungen auf Ihrer Webseite publiziert, z.B. Energieförderungsverordnung Verordnung über die finanzielle Förderung von Massnahmen zur Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien⁹.

Muri bei Bern

Am 16. Oktober 2022 hat der Gemeinderat eine Klima- und Energiestrategie verabschiedet, welche die Klimaneutralität bis 2045 anstrebt, wobei das Ziel für die Gemeindeverwaltung bereits bis 2035 gilt¹⁰.

Ostermundigen hat bereits Klimamassnahmen eingeführt, geplant oder in Prüfung

Ostermundigen hat verschiedene klimafreundliche Aktivitäten aber noch keine Klimastrategie und Absenkungspfad der Treibhausgasemissionen.

Ostermundigen ist seit 1998 Energiestadt. Dieses Label beschreibt Städte, welche überdurchschnittliche Anstrengungen im Bereich ihrer kommunalen Energie- und Klimapolitik unternommen haben. Um die Qualität und das kontinuierliche Engagement der Gemeinde zu bestätigen, findet alle vier Jahre ein Re-Audit statt (das nächste Mal für Ostermundigen in 2024).

⁴ [Klima — Stadt Bern](#)

⁵ [Klimaschutz und Klimaanpassung — Stadt Bern](#)

⁶ [Stadtrecht \(bern.ch\)](#)

⁷ [SR 0.814.012 - Übereinkommen von Paris vom 12. D... | Fedlex \(admin.ch\)](#)

⁸ [Gemeinde Ittigen - Klimact 2030+ - Ittigen wird klimaneutral](#)

⁹ [Energieförderungsverordnung 2018 Teilrevision 2022.pdf \(ittigen.ch\)](#)

¹⁰ [Klima- und Energiestrategie.pdf \(muri-guemligen.ch\)](#)

Die überparteiliche Motion «Klimaschutz als Querschnittsaufgabe» vom 20. Februar 2020 fordert u. a, dass die Gemeinde Ostermundigen bis Ende 2024 die Auszeichnung Energiestadt Gold erhält. Diese Auszeichnung fordert eine Netto-Null Klimastrategie und die Motion wird voraussichtlich dieses Jahr behandelt.

Im März 2023 hat der GGR die «Solarstrategie und Umsetzungsplan» für Dachflächen kommunaler Liegenschaften zur Kenntnis genommen. Dabei wird aber 95% des Solarpotentials von Ostermundigen noch nicht adressiert.

Ostermundigen hat bereits Anpassungsmassnahmen zum Klimawandel eingeführt oder geplant. Als Hochwasserschutzmassnahme hat die Gemeinde bereits Retentions- und Versickerungsanlagen implementiert (siehe Video zur Anpassung an den Klimawandel in Gemeinden)¹¹. Der GGR hat am 7. Dezember den Gegenvorschlag zur Klimainitiative und das Klimareglement (Rechtskraft per 1.1.2024) genehmigt. Das Ziel des Klimareglements betrifft aber nur noch Anpassungsmassnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaerwärmung, wie insbesondere vor Hitzetagen und Tropennächten.

Vorlagen und Unterstützung zur Erarbeitung einer Netto-Null Klimastrategie sind vorhanden

Alle Städte und Gemeinde können zu einer klimaneutralen Schweiz beitragen. Als Unterstützung hat das Bundesamt für Umwelt einen **Wegweiser Klimastrategie** für Gemeinden gemeinsam mit dem Programm 2000-Watt-Gesellschaft des Bundesamts für Energie / Energieschweiz entwickelt¹² (siehe Anhang). Der Wegweiser beschreibt in acht Schritten, wie mittlere und kleine Gemeinden eine Klimastrategie erarbeiten können:

1. Ausgangslage beschreiben
2. Akteurinnen und Akteure identifizieren
3. Handlungsbedarf definieren
4. Ziele festlegen
5. Massnahmen planen
6. Finanzierung und personelle Ressourcen sicherstellen
7. Monitoring aufbauen
8. Klimaschutz politisch verankern

Eine Vorlage für eine Klimastrategie zur Reduktion der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel befindet sich ebenfalls im Anhang.

Das Bundesamt für Umwelt und das Programm Netto Null | 2000 Watt von «Energie Schweiz für Gemeinden» bieten eine kostenlose und bedürfnisorientierte Beratung bei der Erarbeitung einer Klimastrategie an: 2000W-Schweiz@local-energy.swiss, www.netto-null-gemeinde.ch oder Tel. 044 305 94 65.

¹¹ [Anpassung an den Klimawandel in den Gemeinden \(E-Learning\) - Forum Energie Zürich](#)

¹² [Klimaberatung für Gemeinden \(admin.ch\)](#)

Anhänge (→ diese können beim Ratssekretär eingesehen werden)

- Wegweiser Klimastrategie für Gemeinden - eine Anleitung in acht Schritten
- Vorlage für die Klimastrategie zur Reduktion der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel

Eingereicht am: 9. April 2024

sig.: Edi Medilanski (GLP), Oliver Tamàs, Alexander Wahli, Dorothea Züllig von Allmen, Pia Bähler, Sandro Minka II

Axioma #9880

10.3.74 Interpellationen

280. Interpellation Marcel Falk (SP) und Mitunterzeichnende betreffend echte Begegnungszonen in Strassen mit Tempo 20; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Mit dem Temporegime Ostermundigen soll im Jahr 2024 in 29 Strassenabschnitten die Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 20 limitiert werden. Weitere Strassenabschnitte folgen in den Jahren 2025 und 2026. In Begegnungszonen mit Tempo 20 dürfen Fussgängerinnen und Fussgänger den gesamten Strassenraum nutzen, müssen aber Autos passieren lassen. Nachfolgend einige Fragen zur Umsetzung des Temporegimes und zur Ausgestaltung der Begegnungszonen.

Fragen

1. Was ist der Stand der Umsetzung des Temporegimes? Auf welchen Strassen sind aktuell 20 er und 30 er Zonen eingerichtet worden?
2. Werden alle Strassen mit Tempo 20 als Begegnungszonen ausgewiesen? Sind nur Schilder vorgesehen oder weitere Signalisationsmassnahmen?
3. Beinhalten diese Begegnungszonen auch Möblierungen, Begrünungen bzw. Entsiegelungen, um die Aufenthaltsqualität zu fördern?
4. Werden in Begegnungszonen öffentliche Parkplätze aufgehoben, falls solche vorhanden sind?
5. Werden die Anwohnenden in die Ausgestaltung/Belebung der Begegnungszonen involviert?
6. Werden die Ostermundiger:innen informiert, wie sie Begegnungszonen nutzen können?

eingereicht am 2. Mai 2024

sig. Marcel Falk (SP), M. Schneider, Y. Dressler, S. Dähler, C. Nova, K. Balmer, A. Tanner
(Grüne), K. Ernst (Grüne)

Axioma #9883

10.3.74 Interpellationen

281. Dringliche Interpellation Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend «Fussballcampus»; parlamentarischer Neueingang; mündliche Beantwortung

Wortlaut

Am 22. April ist Gemeindepräsident Thomas Iten mit anderen Exponenten (ohne «-innen») an die Öffentlichkeit getreten, um das Projekt eines sogenannten «Fussballcampus» zu präsentieren.

Am 30. April hat die Gemeinde die Medienmitteilung «Zentrum stärken, Quartiere schützen: O'mundo geht in die öffentliche Mitwirkung» publiziert. Dort ist unter anderem Folgendes zu lesen: «O'mundo ermöglicht ein Wachstum, ohne dafür einen einzigen Quadratmeter neues Bauland einzuzonen.»

Fragen

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Auf der Webseite von O'mundo ist das entsprechende Areal als von der Ortsplanung ausgenommene Zone markiert. Auf welcher Grundlage wurde beschlossen, gewisse Zonen von O'mundo auszuschliessen?
2. Wie ist das Vorhaben «Fussballcampus» mit dem im Rahmen der Diskussion zum Rütibühl und vor kurzem wieder während der Fusionsdebatte parteiübergreifend geäusserten Willen, keine weiteren Gebiete einzuzonen, in Einklang zu bringen?
3. Welchen Einfluss hat das Projekt auf die Menge der Fruchtfolgeflächen im Kanton Bern?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat die Aussage, dass der Campus «Voraussetzung für eine gute Entwicklung des Frauenfussballs» ist? Welche Kriterien bestimmen heute, ob ein Trainingsplatz / ein Trainingsfenster einer Mann- oder einer Frauschaft zugeteilt wird?
5. Was ist im Falle einer Umsetzung dieses Projektes geplant, damit durch ein «Fussballcampus» kein zusätzlicher motorisierter Individualverkehr entsteht?
6. Welchen Anteil an den Wartelisten für fussballinteressierte Kinder hat ein allfälliger TrainerInnenmangel, welchen der geltend gemachte Flächenmangel?

eingereicht am 2. Mai 2024

sig. Adrian Tanner (Grüne), K. Ernst, M. Falk (SP), M. Schneider, Y. Dressler, C. Nova, S. Dähler, P. Bähler (glp)

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Die Mitglieder des Büros GGR anerkennen die Dringlichkeit der Interpellation.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Da Ihr den politischen Vorstoss nicht vorliegend habt, erlaube ich mir, zuerst die Frage zu verlesen und anschliessend die Beantwortung abzugeben.

Frage 1:

Auf der Webseite von O'mundo ist das entsprechende Areal als von der Ortsplanung ausgenommene Zone markiert. Auf welcher Grundlage wurde beschlossen, gewisse Zonen von O'mundo auszuschliessen?

In der GGR-Botschaft (Sitzung 23. Juni 2022) zur Freigabe des Projektkredits für die Phase 3 der Ortsplanungsrevision ist ausgeführt, und wie in den soeben durchgeführten Informationsveranstaltungen zu O'mundo erläutert wird, ist die Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) in dieser dritten Phase in zwei (teilweise parallel ablaufende) Prozesse aufgeteilt:

Erstens die Totalrevision der baurechtlichen Grundordnung (Baureglement und Zonenpläne) und Zweitens die diversen Arealentwicklungen bspw. in den "Zentralen Baustellen". Zitat aus der GGR-Botschaft vom 23. Juni 2022: «...Nicht Bestandteil der Phase 3 sind die Arealentwicklungen in den Zentralen Baustellen sowie die bereits gestarteten Planungsgeschäfte in den Bereichen der Tramwendeschlaufe (Rüti 1) und im Werkquartier «Obere Zollgasse» (Inter-sport)».

Die zusätzlichen Arealentwicklungen wie Coop-Areal und Bahnhof Ostermundigen (ca. 6 - 7 parallel verlaufende Planungsverfahren) sind nicht Bestandteil der Ortsplanungsrevision. Die Arealentwicklungen werden in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Grundeigentümern und Planern in separaten Planungsprozessen abgewickelt. Dabei geht es um die Erarbeitung eines Planungsinstrumentes und der Durchführung von qualifizierten Verfahren (Bsp: Projektwettbewerb nach SIA 142/143, Werkstattverfahren o. ä.).

→ Der Gemeinderat hat entschieden, dass der regionale "Fussballcampus Rörswil" ebenfalls in einem separaten (gemeindeübergreifenden) Planungsverfahren abgewickelt wird. Somit werden die Planungsgrundlagen für das betroffene Gelände analog den oben erwähnten Arealentwicklungen ausserhalb der laufenden Ortsplanungsrevision erarbeitet.

Frage 2:

Wie ist das Vorhaben «Fussballcampus» mit dem im Rahmen der Diskussion zum Rütibühl und vor kurzem wieder während der Fusionsdebatte parteiübergreifend geäusserten Willen, keine weiteren Gebiete einzuzonen, in Einklang zu bringen?

Zuerst einige übergeordnete Überlegungen: Die Gemeinde Ostermundigen muss gemäss Richtplan des Kantons Bern durch die Ortsplanungsrevision die Grundlage zu einem Bevölkerungswachstum von ca. 10 % schaffen (Möglichkeit zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum). Dazu dürfte die Gemeinde aus übergeordneten Planungsinstrumenten theoretisch rund 23 Hektaren zusätzliches Bauland einzonen.

→ Wie von allen politischen Kräften gefordert, kann das vom Kanton vorgegebene Ziel - dank innerer Verdichtung - ohne zusätzliches Einzonen von Bauland erreicht werden. Wir rechnen mit rund 2'000 zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohner bis ins Jahr 2040; das ist eine Zunahme von rund 11 %).

Beim "Fussballcampus Rörswil" werden auf dem Gemeindegebiet Ostermundigen nach dem heutigen Planungsstand «nur» Fussballplätze und keine grossen Bauten erstellt.

Das dafür allfällig eingezonte Land ist kein «Bauland» im engeren Sinne; die Fussballfelder werden teilweise das Land nicht komplett versiegeln. Sollte die Nachfrage an Fussballplätzen irgendwann wieder rückläufig sein, könnte das Land wieder einfacher rekultiviert werden.

Frage 3:

Welchen Einfluss hat das Projekt auf die Menge der Fruchtfolgeflächen im Kanton Bern?

Für den regionalen "Fussballcampus Rörswil" werden rund 8,6 Hektaren "Fruchtfolgeflächen" benötigt. Auf die Menge an Fruchtfolgeflächen im Kanton Bern hat dieses Vorhaben keinen Einfluss, da die verwendeten 8 Hektaren vollständig kompensiert werden können.

Frage 4 a:

Wie beurteilt der Gemeinderat die Aussage, dass der Campus «Voraussetzung für eine gute Entwicklung des Frauenfussballs» ist?

Der Platznotstand in der Agglomeration Bern trifft den Mädchen- und Frauenfussball vergleichsweise am härtesten, weil der Frauenfussball seit einigen Jahren (nicht nur in der Schweiz) die am stärksten wachsende Sportart ist, dafür aber die Infrastruktur grösstenteils fehlt.

Frage 4 b:

Welche Kriterien bestimmen heute, ob ein Trainingsplatz / ein Trainingsfenster einer Mann- oder einer Frauschaft zugeteilt wird?

Ich kenne nur die Gegebenheiten von Ostermundigen. Bei der Zuteilung der Trainings-Fenster wird im Breiten-Fussball-Sport nach unserem Wissensstand nicht zwischen «Mann- oder Frauschaft» unterschieden. Entscheidend sind da eher die Zuordnung zu einer Liga und das «Anciennität-Prinzip». Da jedoch Mädchen- und Frauenfussball stark an Popularität gewonnen hat, verzeichnen die Clubs insbesondere in diesen Bereichen einen grossen Zuwachs. Der FC Köniz als Beispiel kann kein Frauenfussball anbieten, da die dazu benötigten Fussballfelder nicht zur Verfügung stehen.

Kurz: in allen Altersklassen und in «allen» Geschlechtern steigt die Anzahl der Spielerinnen und Spieler. Die bestehenden Fussballfelder können den Bedarf schon heute kaum mehr abdecken und damit verschärft sich das «Elbögele» um freie Trainingsfelder.

Erlauben Sie mir aus sportlicher Sicht für den FC Ostermundigen einen Hinweis zu machen. Die traditionell starke Förderung des Mädchen- und Frauenfussballs führt u. a. dazu, dass beim FCO die Frauentteams sportlich besser klassiert sind.

Frage 5:

Was ist im Falle einer Umsetzung dieses Projektes geplant, damit durch ein «Fussballcampus» kein zusätzlicher motorisierter Individualverkehr entsteht?

Bei der Prüfung von rund 30 Standorten in der Region Bern wurde das "Rörswil-Areal" insbesondere auch deshalb gewählt, da dieses mit der Nähe zum Bahnhof Bolligen eine sehr gute Anbindung an das öV-Netz (RBS 7 ½-Minutentakt) hat. Das Gelände ist ebenfalls gut an die Velo-Alltagsrouten angeschlossen. Bei publikumsintensiveren Anlässen (grosse Turniere, Anlass Musikgesellschaft, Theater lokaler Vereine, Fussballspiel nationale Bedeutung, etc.) kann es zu einem punktuellen Anstieg des motorisierten Individualverkehrs kommen.

Frage 6:

Welchen Anteil an den Wartelisten für fussballinteressierte Kinder hat ein allfälliger TrainerInnenmangel, welchen der geltend gemachte Flächenmangel?

Im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Frauen Europameisterschaften 2025 in der Schweiz sind entsprechende Ausbildungsprogramme angelaufen. Diese sind jedoch weitgehend nutzlos, wenn die Infrastruktur fehlt. Die aktuellen Wartelisten bzw. überhaupt fehlenden Teams sind in erster Linie eine direkte Folge des Mangels an Fussballplätzen.

Eine Einordnung anteilmässig vorzunehmen ist sehr schwierig, dies bestätigt auch der Präsident des FC Ostermundigen. In Ostermundigen und Bolligen sind aktuell rund 150 Kinder und Jugendliche auf einer Warteliste, da nicht genügend Kapazitäten resp. Infrastrukturen für Trainings vorhanden sind.

In der Stadt Bern fehlen zurzeit rund 6 Kunstrasen- resp. 12 Naturrasenfussballfelder. Die erwähnte Anzahl an Fussballfelder Fehlen allein dem Breitensport. Die fehlenden Fussballfelder in der ganzen Region Bern können momentan nicht beziffert werden.

Adrian Tanner (Grüne): Besten Dank dem Gemeindepräsidenten für die ausführliche Beantwortung.

B e s c h l u s s

Die dringliche Interpellation Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend «Fussballcampus» wird (als parlamentarischer Neueingang) mündlich beantwortet.

Axioma #9885

10.3.74 Interpellationen

282. Interpellation Adrian Tanner (Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend Label «Energistadt Gold» ; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Am 17. September 2020 hat der Grosse Gemeinderat mit 20 zu 8 Stimmen der abgeänderten Motion « Klimaschutz als Querschnittsthema » überwiesen. Unter anderem sieht Punkt 6 vor, dass die Gemeinde bis 2028 das Label «Energistadt Gold» erreicht. Nach bald 4 Jahren ist es Zeit für eine Zwischenbilanz.

Fragen

1. Wie weit sind die Arbeiten zur Erreichung des Labels fortgeschritten?
2. Wann wird der Massnahmenplan, der im Verwaltungsbericht 2022 auf Seite 10 erwähnt wird, publiziert?
3. Wie haben sich seit 2015 (Pariser Abkommen) die Treibhausgasemissionen der Gemeinde entwickelt (Gemeinde insgesamt und Gemeindeverwaltung insbesondere)?
4. Falls der Gemeinderat nicht über diese Zahlen verfügt – was gedenkt er zu tun, um sie zu erhalten und somit die Wirksamkeit seiner Klimapolitik zu überprüfen?
5. Welche Wirkung konnte die aufgrund des im Dezember 2020 überwiesenen Postulates geschaffene bzw. umgestaltete Energie- und Klimakommission erzielen?
6. Welche Mengen fossiler Brenn- und Treibstoffe erwarb die Gemeinde pro Jahr seit 2015, und jeweils zu welchem Frankenpreis?
7. Welchen Betrag gab die Gemeinde im selben Zeitraum pro Jahr aus, um fossil betriebene Anlagen oder Fahrzeuge zu ersetzen?
8. Besteht in Ostermundigen ein Angebot «Mobilitätsberatung» analog jenem der Stadt Bern ?
9. Falls ja: Über welche Kanäle wird es bekannt gemacht?
10. Falls nein: Ist der Gemeinderat bereit, ein solches Angebot in Ostermundigen einzuführen, bzw. sich jenem der Stadt Bern anzuschliessen (bitte Antwort begründen)?
11. Welche Möglichkeiten nutzt bzw. sieht der Gemeinderat, um die Menschen in Ostermundigen ohne bevormundende Haltung zu nachhaltigeren Verhaltensweisen zu animieren?

eingereicht am 2. Mai 2024

sig.: Adrian Tanner (Grüne), K. Ernst, M. Falk (SP), M. Schneider, Y. Dressler, C. Nova, S. Dähler)

Axioma #9988

10.3.72 Motionen

283. Überparteiliche Motion betreffend mindestens acht Wochen garantierter Ferienbetreuung während den Schulferien; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde Ostermundigen wird beauftragt:

1. Das Ferieninselangebot auf mindestens acht Wochen zu erweitern, wovon drei Wochen in den Sommerferien stattfinden müssen.
2. Bei einer fristgerechten Anmeldung einen Betreuungsplatz zu garantieren.

Begründung

Die Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten ist von zentraler Bedeutung, um Familien zu unterstützen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Unser Leitbild unterstreicht die Bedeutung der Unterstützung von Familien und die Schaffung einer kinderfreundlichen Gemeinde (Leitbild Gesellschaft, Vision 2035, Version 3, Oktober 2023, Gemeinde Ostermundigen, S. 6, 20).

Für berufstätige Eltern stellen die dreizehn Wochen Schulferien eine organisatorische Herausforderung dar.

Zurzeit führt Profawo Bern im Auftrag der Gemeinde die Ferieninsel in Ostermundigen durch. Es werden insgesamt sieben Schulwochen abgedeckt. Die Nachfrage ist gemäss dem Verwaltungsbericht 2023 sehr hoch, die Plätze sehr schnell ausgebucht und eine Erweiterung des Angebots ist erwünscht.

Gemäss dem Bundesamt für Statistik hatten Vollzeitangestellte im Kanton Bern im Jahr 2022 im Alter zwischen 20 und 49 Jahren durchschnittlich fünf Ferienwochen. Die Anzahl Schulferienwochen beträgt dreizehn Wochen im Jahr. Bei mindestens acht Wochen garantierter Ferienbetreuung, würde sich die Organisation der übrigbleibenden Ferienwochen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie massiv vereinfachen.

Vergleichbare Gemeinden mit acht oder mehr Wochen Ferienbetreuung

Köniz (8 Wochen), Bern (10 Wochen), Thun (8 Wochen)

eingereicht am 27. Juni 2024

sig: Stefanie Dähler (SP), M. Mitter (Mitte), P. Bähler (glp), O. Tamas (glp), A. Tanner (Grüne), C. Nova (SP), Y. Dressler (SP), J. Renner (SP), S. Löhner (Mitte), K. Balmer (SP), D. Feller (FDP), K. Kistler (SP), R. Rüfli (FDP), L. Lanz (glp), J. Ananiadis (Piraten), P. Buri (SP)

Axioma #9989

10.3.72 Motionen

284. Überparteiliche Motion betreffend Inklusionscheck für Gemeinden - wie barrierefrei, inklusiv, digitalisiert und UNO-BRK-konform ist die Gemeinde Ostermundigen?; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde wird beauftragt alles Nötige in die Wege zu leiten, um einen Inklusionscheck durchführen zu lassen.

Begründung

Themen wie Barrierefreiheit, Inklusion, Digitalisierung und die Konformität mit der UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) sind essenziell und werden immer wichtiger. Gemäss dem Bundesamt für Statistik leben rund 22 % der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz mit Behinderungen. Dies umfasst Personen mit langfristigen körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen, die in ihrer Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern. Das Risiko, im Laufe des Lebens durch Krankheit, Unfall, Alterungsprozess und/oder Lebensführung eine Behinderung zu erleiden, ist sehr hoch und kann uns alle treffen.

Vor 20 Jahren trat das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) in Kraft (1), vor 12 Jahren erfolgte die 6. IVG-Revision (2) in welcher der Assistenzbeitrag eingeführt wurde und schlussendlich wurde vor 10 Jahren die UNO-BRK ratifiziert (3). Trotz dieser Entwicklungen ist der Fortschritt (noch) unzureichend. Auch Gemeinden müssen ihren Verpflichtungen weiterhin nachkommen und sich stets weiterentwickeln. Ostermundigen ist die fünftgrösste Gemeinde des Kantons Bern und trägt somit eine entsprechend grosse Verantwortung.

Um herauszufinden, wo Ostermundigen bereits gut aufgestellt ist und wo es noch Verbesserungspotential gibt, ist ein Inklusionscheck des Vereins Sensability erforderlich.

Sensability leistet wertvolle Sensibilisierungsarbeit in den Bereichen Behinderungen, Barrierefreiheit, Inklusion und Diversity. Der Verein besteht aus Menschen mit Behinderungen, die für Menschen mit Behinderungen arbeiten, und verfügt über umfangreiches Expertenwissen, was ihn ideal für diese Aufgabe macht.

Je nach Ergebnis dieses Inklusionschecks können die Umsetzung der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) und O'mundo sowie der Zonenplan, Schutzzonenplan, Infrastrukturplan und insbesondere das Baureglement angepasst werden.

Ein Inklusionscheck durch Sensability würde Ostermundigen wertvolle Einblicke und konkrete Empfehlungen liefern, um die Inklusion und Barrierefreiheit in der Gemeinde zu verbessern. Dies käme nicht nur den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen entgegen, sondern würde auch zur allgemeinen Lebensqualität und Attraktivität der Gemeinde beitragen.

Quellen:

- (1) BehiG <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2003/667/de>
- (2) 6. IVG-Revision <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/iv/reformen-revisionen/iv-revision-6a.html>
- (3) UNO-BRK <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2014/245/de>

eingereicht am 27. Juni 2024

sig.: Peter Buri (SP), A. Tanner (Grüne), K. Ernst (Grüne), J. Renner (SP), C. Nova (SP), M. Falk (SP), K. Kistler (SP), S. Dähler (SP), Y. Dressler (SP), M. Schneider (SP), S. Löhner (Mitte), M. Mitter (Mitte), B. Gimmel (EVP), M. Zürcher (EVP), D. Züllig von Allmen (glp)

Axioma #9990

10.3.72 Motionen

285. Überparteiliche Motion betreffend Förderung der Biodiversität bei Privaten durch Beratung; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde Ostermundigen wird beauftragt, eine kostenlose persönliche Initialberatung für Private zum Aufbau naturnaher Flächen anzubieten und bekannt zu machen.

Begründung

Ostermundigen möchte gemäss der Entwicklungsstrategie O'mundo die Biodiversität fördern. Entsprechend enthält die laufende Revision der baurechtlichen Grundordnung diverse Vorgaben. So ist vorgeschlagen, dass künftig mindestens 10 % der Parzellenfläche als extensive genutzte ökologische Flächen gestaltet sein muss.

Naturnahe und biodiverse Gärten und Siedlungsaussenräume sind nachweislich nicht nur wertvoll für die Natur, sondern erhöhen auch die Lebensqualität. Die allermeisten Menschen schätzen eine derartige Umgebungsgestaltung. Naturnahe Gärten sind nicht teurer als klassische, aber sie brauchen mehr Wissen. Beratungen sind deshalb wesentlich, um die Hürde zu senken, einen naturnahen Garten zu wagen. Zudem steigt bei guter Beratung die Qualität der naturnahen Flächen.

Ostermundigen hat ca. 272 ha Siedlungsfläche, davon sind der grösste Teil (ca. 180-190 ha) in Privatbesitz. Letztere sind deshalb entscheidend für einen naturnahen Lebensraum Ostermundigen.

Die Gemeinde kann die Beratungen selbst anbieten. Die Motion kann auch erfüllt werden durch ein Mandat an einen externen Partner oder ein Gutscheinsystem.

eingereicht am 27. Juni 2024

sig.: Marcel Falk (SP), C. Nova, M. Schneider, S. Schnider, K. Kistler, S. Dähler, J. Renner, P. Buri, Y. Dressler, A. Tanner (Grüne), K. Ernst, B. Gimmel (EVP), M. Zürcher

Axioma #9991
10.3.73 Postulate

286. Überparteiliches Postulat betreffend Fahrplan Buslinie 44; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob der Fahrplan der Buslinie 44 bis mindestens um 22 Uhr verlängert werden könnte.

Begründung

Die Buslinie verbindet das Zentrum von Ostermundigen unter anderem mit dem Freibad und der Musikschule Bantiger in Bolligen. An beiden Orten finden Aktivitäten am Abend statt, die gerade auch Familien und ältere Personen ansprechen; also Personen, die tendenziell häufig auf eine öV-Verbindung angewiesen sind. Aktuell fahren nach 20 Uhr keine 44 er Buse mehr.

Gemäss Verwaltungsbericht ist mit einer Zunahme der Passagierzahlen um 16 % gegenüber dem Vorjahr die Buslinie 44 gefragt.

eingereicht am 27. Juni 2024

sig.: Marcel Falk (SP), C. Nova (SP), D. Feller (FDP), M. Schneider (SP), S. Schnider (SP), K. Kistler (SP), A. Tanner (Grüne), K. Ernst (Grüne), B. Gimmel (EVP), M. Zürcher (EVP), L. Lanz (glp), J. Ananiadis (Piraten), P. Buri (SP), Minka Il Sandro (glp), J. Renner (SP), Y. Dressler (SP), O. Tamas (glp), D. Züllig von Allmen (glp), E. Medilanski (Die Mitte), E. Selmani (SP)

Axioma #9992

10.3.74 Einfache Anfragen

287. Einfache Anfrage Kathrin Balmer (SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion) und Mitunterzeichnende betreffend Begegnungszone Eschenweg 12; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde fragte vor längerer Zeit Anwohnerinnen und Anwohner des Eschenwegs an, ob sie bei der Gestaltung der Begegnungszone auf dem Wendepplatz mitarbeiten wollten. Mehrere Personen haben sich in ihrer Freizeit engagiert und ein ganzheitliches Konzept ausgearbeitet. Im Juni bekamen sie grünes Licht von der Gemeinde, um einen Pingpongisch, Tische, Stühle und Pflanzkübel auf einem Bereich des Eschenwegs aufzustellen, auf dem drei kostenpflichtige Parkfelder für Besucherinnen und Besucher eingezeichnet sind. Kurz darauf stand auch ein Plakat der Gemeinde da, wonach es sich um ein befristetes Pilotprojekt handle, das später evaluiert werde. Die «Möblierung» war so angelegt, dass sie zu einer besseren Einhaltung von Tempo 20 führen und somit die Sicherheit von Kindern und älteren Menschen verbessern sollte. Am 19. Juni wurde dann überraschend mitgeteilt, das Projekt werde aufgrund von Reklamationen «sistiert», wobei dies konkret hiess, dass die Möblierung von den Parkfeldern entfernt werden musste. Es handelte sich also faktisch um einen Abbruch und nicht um eine Sistierung.

Fragen

1. Weshalb hat die Gemeinde das Pilotprojekt am 19. Juli abgebrochen?
2. Weshalb wurden vor dem Start des Pilotprojekts nicht alle Anwohnerinnen und Anwohner des Eschenwegs mit einem Flyer in den Briefkasten informiert?
3. Welche Lehren zieht die Gemeinde aus diesem Fall?

Begründung

Die grosse Mehrheit der Anwohnerinnen und Anwohner unterstützt das Projekt, weil es die Sicherheit und die Lebensqualität im Quartier verbessert. Das bezeugen viele Mails an die Gemeinde. Es darf nicht mehr vorkommen, dass eine verschwindend kleine - dafür umso lautere - Minderheit von Personen, die gegen solche Projekte sind, die wochen- oder monatelange ehrenamtliche Arbeit von engagierten Anwohnerinnen und Anwohner mit einer Reklamation zunichtemachen können.

Das neue Temporegime wird zu einem Papiertiger verkommen, wenn die Gemeinde nicht ihre Lehren aus dem Fall am Eschenweg zieht.

eingereicht am 27. Juni 2024

sig.: Kathrin Balmer (SP), S. Dähler, Y. Dressler, J. Renner, M. Falk

Persönliche Erklärung

Stefanie Dähler (SP): Wir verabschieden heute Abend die Stimmenzählerin Simone Schnyder-Müller aus dem Parlament. Du hast per 31. August 2024 deinen Rücktritt bekannt gegeben. Die Zunahme der familiären wie auch der beruflichen Verpflichtungen haben dich zu diesem Schritt veranlasst. Im Namen der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion sowie sämtlicher Ratsmitglieder möchte ich Dir herzlich für den Einsatz in der Legislative bestens Danken. Für die private Zukunft wünschen wir Dir alles Gute.

- - - - - A p p l a u s - - - - -

Ratspräsidentin Emsale Selmani (SP): Ich schliesse die heutige Sitzung. Die nächste Sitzung am 5. September 2024 wird die 1. Vizepräsidentin, Daniela Feller (FDP), leiten. Ich wünsche Euch allen schöne Sommerferien.

Axioma # 4944

b) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderateso = offen, **e** = erledigt, **ne** = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
2103/1462	Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti	25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19	31.05.17	ÖS	Abschreibung abge- lehnt	ne
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18 06.05.21 23.06.22	31.12.24	PRA	Raumentwicklungs- wegweiser 2025+ (siehe auch www.o- mundo.ch) wurde am 6.5.21 geneh- migt. Kreditabrech- nung erfolgte am 5.5.22 in GGR: Ge- nehmigung Projek- tierungskredit "Phase 3"	o
988	Protokoll Nr. 4 der GGR-Sit- zung vom 17.9.2020; Geneh- migung	17.12.20	31.12.24	PRA	Nur noch ein "Be- schlussprotokoll" verfassen. Alle Vo- ten als MP3-Datei aufschalten (recht- liche Anpassungen vornehmen!)	o

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Emsale Selmani

Jürg Kumli

Die Stimmenzählerin:

Der Stimmenzähler:

Simone Schnider-Müller

Walter Zysset